Morgenausgabe
Nr. 351 / A 177 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,50 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
30. Juli 1929

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Litauische Blutjustiz.

14 Sozialdemokraten zum Tode verurteilt.

Kowno, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Ein litauisches Standgericht in Schaulen hat 29 Sozialisten abgeurteilt. Vierzehn wurden zum Tode verurteilt; die übrigen zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Das Urteil ist nach viertägiger Verhandlung gefällt worden. Die amtliche Bekanntgabe des Urteils wird vielleicht zurückgehalten, um gleichzeitig die teilweise Begnadigung der Verurteilten durch den Staatspräsidenten melden zu können.

Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im Frühjahr 1929 wurde in den Räumen des Kownoer Parteigebäudes der Sozialdemokratischen Partei sowie in den Räumen ihres Organs eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen, die nach amtlichen Darstellungen verbotene Literatur, besonders solche von dem in Polen lebenden Emigrantenführer Pletschkaitis zutage gefördert hat.

Diese Flugblätter usw. sind nach damaliger Erklärung der litauischen Sozialdemokraten ihnen unmittelbar vor der Haussuchung von einem Unbekannten, gewiß einem Lockspitzel der Polizei, zugestellt worden!

Es wurde eine große Anzahl Personen verhaftet, hauptsächlich Sozialdemokraten, darunter auch der Parteiführer Galinis. Während ein Teil der Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, verblieb der Rest in Haft und wurde nunmehr abgeurteilt. Ihnen wurde zur Last gelegt, mit Pletschkaitis und seinen Anhängern in Verbindung gestanden zu haben, worauf nach dem vor kurzem erlassenen Sondergesetz die Todesstrafe steht. Nach den Durchsuchungen war die Partei verboten worden.

Eine Demonstration gegen Woldemaras.

Kowno, 29. Juli.

Der ehemalige litauische Staatspräsident Grinius, der einer der Führer der demokratisch-liberalen Richtung in Litauen ist, hat von der Regierung Woldemaras (durch deren Emporkommen er seinerzeit gestürzt wurde) eine lebenslängliche Pension von 1000 Lit monatlich erhalten. Diese Pension hat er nun bis auf weiteres den politischen Gefangenen zur Verfügung gestellt. Dieses Vorgehen richtet sich gegen Woldemaras und die Geste der Regierung, die dem volkstümlichen Mann diese Zuwendung gemacht hat, ist somit wirkungslos geblieben.

Die polnisch-litauische Grenze für Verwandte von Woldemaras geöffnet.

Warschau, 29. Juli. (Ost-Expreß.)

Zwei minderjährigen Verwandten des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras ist das Einreisevisum nach Polen erteilt worden. Um dieses Visum war über die litauische Gesandtschaft in Riga gebeten worden. Der der Regierung nahestehende „Glos Prawdy" benutzt diese Gelegenheit, um den „Herrschern Litauens" nochmals die vielen Schwierigkeiten darzulegen, die durch die Schließung der polnisch-litauischen Grenze für die Bevölkerung beider Länder entstanden seien; der litauische Minister habe sich in diesem Fall persönlich ein Bild dieser Schwierigkeiten machen können.

Die Internationale zur Lage.

Für Soforträumung. — Die Vertragsrevision von Trianon.

Zürich, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat ihre Tagung am Montag beendet. Die Exekutive diskutierte zunächst eingehend die Probleme des europäischen Friedens. An der Debatte nahmen teil: Soukup-Tschechoslowakei, Niedziekowski-Polen, Abramowicz und Suchomlin-Rußland, Wiik-Finnland, Fedenko-Ukraine, Gwarjaladse-Georgien, Brockway-England, Modigliani-Italien, Bauer-Oesterreich, Vandervelde-Belgien und der Sekretär der Internationale Friedrich Adler. Es wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die die Probleme der

Unterordnung der Nationalen Freiheitsbestrebungen im Osten Europas unter die Notwendigkeit des Friedens und der Demokratie der Welt

in der nächsten Exekutive zu behandeln haben wird. Die Exekutive beschloß ferner einen Protest gegen die Verfolgungen in Litauen. Von der am Sonntag eingesetzten Kommission über die Kriegsgefahr im fernen Osten erstattete Bauer-Oesterreich Bericht. Nach längerer Debatte wurde eine eingehende Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution zur allgemeinen politischen Lage lautet:

„Vor dem Zusammentritt der Haager Konferenz will die Exekutive feststellen, daß die deutschen, englischen, belgischen, französischen und italienischen Sozialisten bereits 1922 in Frankfurt in der Resolution, die von den Kongressen der gesamten Internationale in Hamburg 1923 und Brüssel 1928 bestätigt wurde, die Lösungen formuliert haben, nach denen sich nun unter dem Druck der Ereignisse und der öffentlichen Meinung die Regierungen orientieren müssen, in bezug auf: 1. die endgültige Regelung des Problems der Reparationen in Verbindung mit dem der Schulden, 2. dem Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Rheinland, 3. die Abrüstung zu See, zu Land und in der Luft. Die Annahme des Young-Planes würde notwendigerweise

die Räumung des Rheinlandes ohne weiteren Aufschub und ohne Bedingungen, die Deutschland einer einseitigen und dauernden Kontrolle unterstellen würden,

die mit dem Rechte einer freien Nation unerträglich wäre, und übrigens weder in den Verträgen von Versailles noch von Locarno vorgesehen ist, zur Folge haben. Die Exekutive erinnert daran, daß die Sozialisten der daran interessierten Länder auf den vergangenen Kongressen der Internationale darüber einmütig waren, daß es, um die Liquidierung des Krieges zu vollenden, notwendig ist, durch gütliche Verständigung das Ausnahmeregime, das im Saargebiet besteht, zu beenden, ein Ausnahmeregime, dessen Beseitigung in der kürzesten Frist erforderlich ist. Die Internationale begrüßt die von der Arbeiterregierung Großbritanniens ausgehende Initiative hinsichtlich der Abrüstung zur See und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Sie unterstützt mit allen ihren Kräften die Entwicklung dieser Aktionen, sowohl in bezug auf die allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen zur See, zu Land und in der Luft, als auch hinsichtlich der Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit als Lösung internationaler Konflikte. Die englische Arbeiterregierung kann in ihrem Kampf gegen den Krieg und für den Frieden in Europa und in der Welt auf die gesamten organisierten Kräfte der Internationale zählen."

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, ebenso die folgende Resolution in der Frage der

Revision des Friedensvertrages von Trianon:

„Die Exekutive erklärt: Die sozialistische Arbeiterinternationale unterstützt den Kampf der ungarischen Arbeiterklasse gegen das gegenrevolutionäre Regime, das eine Gefahr für den Frieden Europas und für republikanische Ordnung der Nachbarstaaten ist. Sie wird nicht aufhören, ihren ganzen Einfluß gegen das gegenwärtige ungarische Regime einzusetzen. Das ungarische Volk hat denselben Anspruch auf die Unterstützung der Internationale im Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht wie jedes andere Volk, aber dieser Anspruch kann nicht benutzt werden, um die Unterstützung der Internationale für ein antidemokratisches Regierungssystem zu erlangen. Nur ein demokratisches und friedliches Ungarn wird die volle Unterstützung der Internationale für die freie Entwicklung des ungarischen Volkes erlangen können."

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden Wibaut-Holland um 6½ Uhr abends geschlossen. Im Anschluß an die Sitzung findet eine große Kundgebung gegen Krieg und Imperialismus statt, in der Otto Bauer-Oesterreich Longuet-Frankreich, Crispien-Deutschland, Brockway-England, Hilquith-Amerika, Adelheid Popp-Oesterreich (Internationales Frauenkomitee), Wibaut-Holland, Andersen-Dänemark und Robert Grimm-Schweiz sprechen.

Ausnahmezustand in England.

Der Auftakt der Arbeiterregierung.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

E. W. London, 29. Juli.

Das Unterhaus ist für drei Monate auf Urlaub gegangen; die erste parlamentarische Feuerprobe der neuen Regierung ist bestanden. Damit ist ein äußerer Einschnitt gegeben, der einen ersten kritischen Rund- und Rückblick gestattet. Eine Reihe von Fragen drängen sich, Antwort heischend, auf: nach den praktischen Arbeitsmöglichkeiten der sozialistischen Minderheitenregierung im neuen Parlament, nach ihren tatsächlichen Leistungen in den wenigen Wochen ihres Bestehens, nach den Perspektiven, die sich aus dem ersten Abschnitt ihrer parlamentarischen Tätigkeit für die Zukunft ergeben. Sie können im jetzigen Zeitpunkt nur teilweise und provisorisch beantwortet werden.

Die ersten vier parlamentarischen Wochen können nicht als normaler Zustand betrachtet werden. Die Regierung ist neu, mit der Atmosphäre des neuen Parlaments noch nicht vertraut und vielfach noch ungenügend eingearbeitet; die Opposition durch ihre Niederlage moralisch geschwächt und aus taktischen Gründen abwartend; die Presse und öffentliche Meinung, noch übermäßig an den Personalien der neuen Regierung und der neuen Abgeordneten interessiert, jegliche sachliche Arbeit im Parlament eher hemmend als fördernd; die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind verschleiert und ist niemand gewillt, Entscheidungen bis zu einer Krise zu erzwingen. So herrscht, parlamentarisch gesprochen, eine Art Ausnahmezustand, der über die tatsächlichen Arbeitsmöglichkeiten, über das Maß der Handlungsfreiheit der Regierung im Parlament keine festen Schlüsse ermöglicht.

Für den ausländischen Beobachter mußte ein Moment überraschend sein. Während sich eine Arbeiterregierung unter ähnlichen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen auf dem Kontinent in erster Linie an die Liberalen um Unterstützung wenden würde, ging die Taktik Macdonalds sichtlich darauf hinaus, wo es irgend ging seine Abstimmungsmehrheiten auf die Hilfe der konservativen Opposition zu gründen. Daß diese konservative Hilfe auch tatsächlich bei zwei oder drei Gelegenheiten gewährt wurde, lag darin, daß sich die Konservativen mit den Sozialisten in dem Wunsche begegnen, Lloyd Georges parlamentarische Schlüsselstellung so unwirksam als möglich zu gestalten. Dieser Zustand kann jedoch nur vorübergehend sein. Je weiter die Arbeiterregierung von Maßregeln mehr oder minder überparteilicher Natur zu umstrittenen Maßnahmen vorschreiten wird, desto mehr wird sich das Gewicht der liberalen Minderheit im Parlament fühlbar machen. Die Liberalen werden hierbei allerdings in ihrem Handeln nicht so frei sein, wie Lloyd George es wahr haben möchte. Das Land wünscht eine fortschrittliche Regierung und eine fortschrittliche Politik. Ein vorzeitiger Sturz der Arbeiterregierung infolge parlamentarischer Prestigesucht der Liberalen würde von der Nation nicht gebilligt werden und müßte mit einer geradezu vernichtenden Niederlage der Liberalen enden. Die Arbeiterregierung kann daher sachlich mehr wagen als eine Minderheitsregierung auf dem Kontinent unter gleichen parlamentarischen Voraussetzungen zu riskieren vermöchte.

Blickt man unter diesem Gesichtswinkel auf die bisherigen Arbeiten der jungen Arbeiterregierung, so wird man den neuen Männern die Anerkennung für das, in den kurzen acht Wochen ihrer Existenz tatsächlich bereits Geleistete nicht versagen können. Selbst wenn man von allen Zukunftsplänen, wie der beabsichtigten Erhöhung des schulpflichtigen Alters und den Ankündigungen der Thronrede für die nächsten zwölf Monate absieht, so bleiben doch eine ganze Reihe von Maßregeln, die angesichts der Kürze der Zeit als erstaunlich bezeichnet werden müssen und in schroffstem und erfreulichstem Gegensatz zur konservativen Politik des Nichtstuns stehen. Die Regierung hat unter der energischen Führung von J. H. Thomas trotz aller technischen Schwierigkeiten mit ihrem Programm der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits begonnen und drei Gesetzentwürfe eingebracht, deren Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht lange auf sich warten lassen dürften. Die „Entwicklungs-Bill" zielt darauf ab, für „Arbeiten von Nutzen für die Oeffentlichkeit und zur Produktionsförderung" 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Der zweite Gesetzentwurf, die „Kolonial-Entwicklungs-Bill" dient zur Schaffung eines Fonds, durch den die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung in den Kolonien, Protektoraten und Mandaten gefördert werden soll. Wiewohl die jährliche Summe, die das Parlament zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen soll, lediglich 20 Millionen Mark beträgt, so wird von sachverständiger Seite doch gehofft, daß dieser Fonds mit Hilfe der Kolonien selbst eine jährliche Kapitalausgabe von rund 800 Millionen Mark zum landwirtschaftlichen und industriellen Ausbau ermöglichen wird. Ein besonderes Merkmal dieses Gesetzentwurfes besteht darin, daß der verantwortliche Minister das Recht besitzt, die Gewährung der staatlichen Hilfe unter dieser Vorlage von der Einhal-

tung anständiger Arbeitsbedingungen abhängig zu machen, sowie Kinder- und Zwangsarbeit überhaupt auszuschalten. Der dritte Gesetzentwurf ermöglicht es der Regierung, die vom ersten Ministerium Macdonald im Jahre 1929 geschaffene staatliche Subsidierung des Hausbaus, die unter der Regierung Baldwin abgebaut worden war, bis zur Schaffung eines Gesetzes zur Beseitigung der Elendsquartiere in alter Höhe fortzusetzen. Auf außenpolitischem Gebiete war der Amtsantritt der Arbeiterregierung von einer sofortigen Aufnahme englisch-amerikanischer Besprechungen begleitet, die als erster Schritt in die Richtung auf eine allgemeine Abrüstung zur See gedacht sind. Die Entlassung des bösen Genius der britischen Aegyptenpolitik Lord Lloyd durch den Außenminister Henderson bedeutet nicht nur in sich selbst einen tapferen Schritt, der geeignet ist, ein gut Teil zur Lösung eines der schwersten Probleme beizutragen, denen sich jede britische Regierung gegenübersieht; sie ist überdies ein Beweis dafür, daß die neue Regierung entschlossen ist, die Oberhoheit der Politik über Bureaukratie und Diktaturgelüste ehrgeiziger Beamter wieder herzustellen. Die angekündigte Einschränkung des Marineaufbauprogramms krönt symbolisch diese erste Etappe neuerwachter britischer Entschlossenheit.

Die Regierung ist bisher bei dieser ihrer Politik von ernst zu nehmenden Angriffen verschont geblieben. Der eine große Versuch, ihr aus der Entlassung des britischen Oberkommissars in Aegypten einen Strick zu drehen, ist zusammengebrochen. Mit dem Wiederzusammentritt des Parlaments Ende Oktober wird die Arbeiterregierung parlamentarisch ins Stadium der ersten großen Entscheidungskämpfe um ihre Existenz treten. Sie wird dem Parlament eine Reihe von Vorlagen zu unterbreiten haben, die nicht mehr als überparteilich empfunden werden und die Opposition selbst wird weniger gewillt sein, Entscheidungen aufzuschieben und zu vertagen. Erst dann wird sich zeigen, wie weit es einer sozialistischen Minderheitenregierung im Zeitalter des Gleichgewichts der Klassenkämpfe überhaupt möglich ist, im Rahmen der demokratisch-parlamentarischen Maschine ihre Macht auszuüben. Ein großes Experiment spielt sich hier vor unseren Augen ab, das weit über Großbritannien hinaus von der Arbeiterklasse der Welt mit innerster Teilnahme verfolgt werden wird.

Volksentscheid über das Heer.

Sozialdemokratische Abrüstungsvorstöße in Dänemark.

Kopenhagen, 29. Juli.

Dem dänischen Kriegsminister der vorherigen konservativen Regierung, Brorsen, war es kurz vor der Abdankung des Ministeriums Madsen-Mygdal gelungen, eine Summe von 700 000 Kronen auf den Staatsetat zu bekommen, der für Modernisierungen und Umbauten der Kasernen in den Garnisonen und der Unteroffiziersschule in Helsingörs verwandt werden sollte. Der neue sozialdemokratische Wehrminister Rasmussen erklärt jetzt, daß diese Arbeiten nicht ausgeführt werden sollen, oder nur auf das Allernötigste eingeschränkt werden, da er zunächst abwarten will, welches Schicksal der Abrüstungsvorschlag seiner Regierung erhalten wird. Pressevertretern gegenüber erklärte der Minister, er teile die mehrfach geäußerte Auffassung, daß das dänische Militär in einem Jahre abgeschafft sein werde.

Die Minister meinte, daß, wenn die jetzigen Verhältnisse fortdauern, Der Minister meinte, daß, wenn die jetzigen Verhältnisse fortdauern, jedenfalls die dänische Flotte im Jahre 1935 faktisch abgerüstet sein wird. Er könne daher nur schwer verstehen, daß der Landsthing sich dem Abrüstungsvorschlag der Regierung widersetzt. Auf die Frage, ob das Gesetz den Wählern in Form einer Volksabstimmung vorgelegt werden solle, erwiderte der Minister, daß der letzte Paragraph in der Vorlage eine Bestimmung enthält, nach der der Vorschlag erst in Kraft treten soll, wenn er durch eine Volksabstimmung anerkannt sei. Wenn Venstre und Konservative die Vorlage im Landsthing zu Fall bringen, so sei man genötigt, die Regelung von 1922 bestehen zu lassen und die dänische Flotte gradweise abzuschaffen. Aber nach drei Jahren sei neue Landsthingswahl, und es sei kein Zweifel darüber, wie diese ausfallen werde. Der Regierungsvorschlag wird sehr bald nach der Eröffnung der Herbstsitzung des Reichstages vorgelegt werden.

Moskau-Propaganda gegen China.

Greuel- und Desertionsmeldungen.

Moskau, 28. Juli (Amtlich).

Ungeachtet der strengen Verbote reichen die Arbeiter und Angestellten der Ostchinabahn massenweise Entlassungsgesuche ein. Bis zum 23. Juli wurden 1000 Gesuche eingereicht. Das Entlassungsgesuch von 400 Lehrern wurde abgewiesen unter Androhung von Repressalien, falls die Lehrer dem Unterricht fernbleiben. Es wurden Fälle von geheimnisvollen Verschwinden einiger Lehrer gemeldet.

Die Verhaftungen und Mißhandlungen von Sowjetbürgern dauern an. Bewaffnete russische Weißgardisten verfügen über Verhaftungsvollmachten. Der Handel mit Charbin und der Mandschurei ist stillgelegt. Die Mobilisation der Chinesen wird unter Anwendung von Zwang durchgeführt. Chinesische Straßenpassanten wurden eingefangen und in die Grenztruppenteile eingereiht. Unter den chinesischen Soldaten herrscht eine Massendesertion. In der Gegend von Progranitschaja desertierten mit Waffen 450 Soldaten, in der Gegend der Bahnstation Mandschuria 250. Zwecks Verhütung einer Desertion bewaffneter chinesischer Soldaten müssen letztere unbewaffnet Wache stehen. Auf der Bahnstation Mandschuria ließ der diplomatische Kommissar zur Beruhigung der Bevölkerung einen Aufruf verbreiten, wonach die Lage zu keinen Befürchtungen Anlaß gibt, da der Konflikt der Ostchinesischen Eisenbahn auf friedlichem Wege beigelegt wird.

Margarete Behm gestorben.

Die Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen und langjährige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Margarete Behm ist am Sonntagabend an einem Herzleiden gestorben.

Frau Behm, die sympathischste Gestalt der christlich-sozialen Bewegung, erfreute sich bei allen Parteien der größten Achtung.

Die Berliner Sowjetbotschaft dementiert alle Pressemeldungen über Verhandlungen, die angeblich in Berlin zwischen der Sowjetregierung und der chinesischen Regierung geführt werden sollen.

Senatspräsident Dr. Struh gestorben. Der Senatspräsident am Reichsfinanzhof, Dr. Georg Strutz, ist gestorben. Präsident Dr. Strutz gehörte dem Reichsfinanzhof seit dessen Begründung an.

Kriegsliquidierung mit Rechtskabinett.

Tardieu, der Unentbehrliche.

Paris, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Der neue Ministerpräsident Briand hat dem Präsidenten der Republik am Montag nachmittag die neue Ministerliste überreicht. Danach bleiben sämtliche Minister des Kabinetts Poincaré im Amt. Am Freitag wird sich also vor der Kammer das alte Ministerium mit verändertem Firmenschild präsentieren. Das Vertrauen des Parlaments dürfte ihm von vornherein sicher sein.

In der ersten Etappe der dreitägigen Krise ging der Kampf zunächst um den Posten des Innenministers Tardieu. Hinter Tardieu hatte sich die gesamte Rechte verschanzt unter dem Vorwand, daß Tardieu durch seinen Kommunistenfeldzug sich für die Sicherheit der Republik unentbehrlich gemacht habe. Eine zweite Kombination: Daß die Radikalen zwei bis drei Ministerien ohne Portefeuille und einige Staatssekretariate beziehen wollten, war eigentlich von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sich die Partei nicht dazu hergeben konnte, sich als fünftes Rad für ein Kabinett, das so ultrareaktionäre Elemente enthält wie den aus der Ruhrkampagne berüchtigten Maginot, mißbrauchen zu lassen und mit ihm innerpolitische Verantwortlichkeiten zu teilen. Briand hatte also die Wahl, entweder mit der Rechten oder mit der Linken zu regieren. Er hat sich für die Rechte entschieden. Kammer und Senat treten am Donnerstag zur Entgegennahme der Regierungserklärung zusammen.

Anscheinend hat Briand Wert darauf gelegt, daß ein rechtsgerichtetes Kabinett in Frankreich die entscheidenden Schritte für die endgültige Liquidation des Krieges durchführt und sich so für alle Zukunft bindet. Es fragt sich nur, ob diese Bindung sich nicht faktisch auch gegen ihn selbst kehren wird, und ob er die reaktionären Geister, die er heraufbeschworen, auch bannen kann. Die Nationalisten werden sicherlich nichts unversucht lassen, Briand, den Ministerpräsidenten des Rechtskabinetts, gegen Briand, den Friedenspolitiker, auszuspielen und ihn in der Ausübung seiner traditionellen Friedenspolitik zu hindern.

Henderson und Snowden auf der Konferenz.

London, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Von der englischen Regierung nehmen Außenminister Henderson und Schatzkanzler Snowden an der Haager Konferenz teil. Wann die Konferenz endgültig beginnt, ist hier noch nicht bekannt. Ebensowenig steht fest, ob und wann Macdonald sich an den Haager Beratungen beteiligen wird. An der Eröffnungssitzung nimmt er nicht teil.

Vor einem neuen Marokkokrieg.

Die Militärs provozieren. — General kaltgestellt. — Treibereien gehen weiter.

Rabat, Ende Juli. (Eigenbericht.)

Das Spiel mit dem Kolonialkrieg in Marokko wird trotz des Zwischenfalls von Ait-Yakub fortgesetzt. Der französische Mißerfolg bildet den Ausgangspunkt einer Propagandakampagne der französischen Militärs, die an Stelle der sogenannten langsamen Befriedung des noch nicht unterworfenen Teils von Marokko einen entscheidenden Schlag vorbereiten soll. Die Sachverständigen des Kolonialkrieges bemühen sich eifrig um den Nachweis, daß die bisherige Politik der „geduldigen und friedlichen Durchdringung" Frankreich nicht weniger Opfer an Menschen und Geld kostet als

ein einmaliger energisch geführter großer Feldzug.

Als Argument für ihre Beweisführung machen die Militärs geltend, daß Frankreichs Rüstungen in Marokko vollkommen für einen solchen Zweck ausreichen und selbst der Feldzug im Rif keine Verstärkungen aus dem Mutterlande erfordert hat. Im Laufe der Diskussion, die anläßlich dieser Forderungen entstanden ist, werden bisher von offiziöser Seite verschwiegene Details über eine Reihe beträchtlicher Schlappen und größerer Verluste bekannt, die französische Truppen in den fortdauernden Kämpfen gegen die Dissidenten des Mittleren- und Hohen Atlasgebirges erlitten haben und die sich auf über 40 Offiziere und 800 Mann belaufen. In den Frühjahrsmonaten der Jahre 1927 und 1928 ist in dem umstrittenen Gebiet eine sogenannte mobile französische Kolonne fast bis auf den letzten Mann aufgerieben worden. Der mißglückte Vorstoß von Ait-Yakub hat den sofortigen Beginn dieser seit langem geplanten Offensive verhindert, die den Rest der bisher der französischen Herrschaft noch nicht unterworfenen Gegenden, wie es in der Fachsprache der Kolonialmilitärs heißt, sichern sollte. Angesichts der Erregung der französischen Oeffentlichkeit über diesen Mißerfolg hat Briand nicht gewagt, dem Drängen der Militärs nachzugeben und den eifrigsten Befürworter der Offensivpläne, den ehemaligen Fremdenlegionär und Kommandeur der in dem Operationsgebiet befindlichen Truppen, General Freydenberg durch die Berufung nach Frankreich vorläufig kaltgestellt. Die französische Regierung ist nämlich nicht gewillt, sich mit dem Odium eines Kolonialkrieges zu beladen, sie läßt jedoch den Provokationen des Militärs gegen die unabhängigen Stämme in Marokko freien Lauf. Die Spannung im Lande vergrößert sich daher, weil nichts zur friedlichen Verständigung mit den Dissidenten getan wird. Es besteht unter diesen Umständen kein Zweifel darüber, daß eines der künftigen Kabinette Frankreichs dazu genötigt sein wird, die politische Verantwortung für diesen systematisch vorbereiteten Krieg zu übernehmen, der an Umfang nicht weniger bedeutend sein wird, als der Kampf gegen Abd el Krim und der trotz der zuversichtlichen Prophezeiungen der Militärs keineswegs eine hundertprozentige Chance für die französischen Waffen hat.

Volkspartei und Bürgerblock.

Der Zug nach rechts.

Die Deutsche Volkspartei sitzt in der Reichsregierung. Ihr Führer, Reichsaußenminister Stresemann, wird von der Rechten aufs schärfste angegriffen. Nichtsdestoweniger sucht die Deutsche Volkspartei in den Ländern die Bundesgenossenschaft der Rechten. Ihre Stellung in Preußen ist bekannt. In Sachsen verdankt Herr Bünger seine Existenz als Ministerpräsident den Nationalsozialisten. In Mecklenburg hat die Volkspartei eine auf die Nationalsozialisten gestützte Rechtsregierung ermöglicht. Nun erfährt man, daß sich für die Wahlen zum Brandenburgischen Provinziallandtag ein Rechtsblock gebildet hat, der von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten reicht.

In allen Fällen ist die Volkspartei ihrem Zuge nach rechts gefolgt — bis zur Bundesgenossenschaft mit jenen Nationalsozialisten, die täglich Herrn Stresemann als einen Schädling des Vaterlandes, einen Verderber Deutschlands und Bundesgenossen des Auslands, aller Juden und Freimaurer bezeichnen.

Verfassungstag im Rheinland.

Ein Aufruf der Beamten.

Die führenden beamteten Persönlichkeiten des Rheinlandes haben an die Bevölkerung anläßlich des Verfassungstages folgenden Aufruf gerichtet:

„Der 11. August 1929 ist ein bedeutsamer Meilenstein am deutschen Schicksalswege. Zehn Jahre werden an diesem Tage vergangen sein, seit unser Volk sich in der Verfassung von Weimar selbst Richtung und Ziel seines Wiederaufstiegs setzte.

An Entbehrungen und Schmerzen hat es den Werdejahren der deutschen Republik nicht gefehlt. Noch liegen dunkle Wolken am Horizont. Und doch wäre es undankbar, wenn wir des Erlittenen gedenken und nur das Bedrückende ins Auge fassen wollten. Gerade wir im Rheinland haben es gespürt und erlebt, wie die Reichsverfassung Kräfte ausgelöst und gestärkt hat, durch die die Einheit des deutschen Volkes über schwerste außenpolitische Not hinweggerettet und lebendig ausgestaltet worden ist. Vieles ist in wiederaufbauender Arbeit und zur Wiedererlangung deutscher Freiheit geschehen. Viel bleibt noch zu schaffen. Aber auch in der Weltmeinung herrscht Uebereinstimmung darüber, daß Deutschland auf dem besten Wege zur Heilung der Kriegswunden und zur Wiedererlangung seiner Stellung im Rate der Völker sich befindet. Dankbarkeit im Rückblick, Zuversicht im Ausblick dürfen und sollen darum in glücklicher Harmonie zusammen klingen.

So begrüßen wir freudig die Vorbereitungen in den Stadt- und Landkreisen, die den 11. August zu einem wahren Volks-Festtage ausgestalten wollen. Alle Volksbrüder und -schwestern ohne Unterschied des Bekenntnisses, des Berufs und der Partei rufen wir auf, das Trennende beiseite zu setzen, die geplanten Veranstaltungen zahlreich zu besuchen und den zehnten Geburtstag des deutschen Volksstaates an allen Orten in einmütiger vaterländischer Gesinnung zu begehen."

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften: Dr. h. c. Adenauer, Präsident des Preußischen Staatsrates. Dr. von Brandt, Präsident des Landesfinanzamtes. Elfgen, Regierungspräsident. Groß, Präsident des Strafvollzugsamtes. Von Guérard, Präsident der Reichsbahndirektion. Hepke, Generalstaatsanwalt. Kraiger, Präsident der Oberpostdirektion. Missong, Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland. Reichartz, Präsident des Oberlandesgerichtes. Schulze-Schuchardt, Reichsbankdirektor.

Flucht aus der KPD.

Zwei kommunistische Funktionäre zur SPD. übergetreten.

Der in Hagen i. W. tätige ehemalige kommunistische Parteisekretär Erich Meyer ist der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Den gleichen Schritt hat der frühere kommunistische Hagener Stadtverordnete Walter getan.

Meyer begründet seinen Schritt in einem längeren Schreiben an die Organisation der SPD. in Hagen, dem wir folgendes entnehmen: „Mein Eintritt in die SPD. erfolgt, weil ich nach 10jähriger Mitgliedschaft in der KPD. und als jahrelanger Redakteur und Sekretär derselben erkannt habe, daß die KPD. nie ihre Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse wird erfüllen können! Es gibt dort keine politische Selbständigkeit und ein Eigenleben, alles wird sklavisch durch die jeweils herrschende russische Fraktion auf die „Sektionen" übertragen. Jeder russische Fraktionskampf erschüttert das ganze Gebäude der Komintern und ruiniert die Parteien, trotz der Theorie von „der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus" werden für die ganze Internationale die gleichen „Abweichungen" festgestellt und die Parteien in „Diskussionen" gestürzt. Es gibt überhaupt keine innerparteiliche Demokratie ohne die aber eine proletarische Partei nicht leben kann."

Abwehr einer Verleumdung.

Der frühere Angestellte der „Roten Hilfe" Felix Schmidt sendet uns eine Berichtigung, die sich gegen die Begründung seines Ausschlusses aus der KPD. durch die Zentrale der KPD. richtet. Auch diese Berichtigung läßt erkennen, wie kommunistische Funktionäre behandelt werden! Sie lautet:

„Es ist unwahr, daß der Unterzeichnete vor einem bürgerlichen Gericht versucht habe, sich in erpresserischer Weise einen großen materiellen Vorteil auf Kosten der Roten Hilfe Deutschlands zu verschaffen.

Wahr ist vielmehr, daß der Unterzeichnete unter ausdrücklichem Verzicht auf seine weitergehenden und ihm gesetzlich zustehenden Rechte nur die Auszahlung des in der Organisation üblichen Kündigungsgehaltes und als Entschädigung für die auf Grund seiner Auslandstätigkeit fehlende Sozialversicherung einen weiteren Monatsgehalt einschl. Familienzulagen gefordert und sich vor dem Arbeitsgericht auf dieser Basis verglichen hat, nachdem vorher alle seine Vergleichsversuche in persönlichen, zwei Monate währenden Verhandlungen mit dem 1. Vorsitzenden der Roten Hilfe Deutschlands, Wilhelm Pieck, gescheitert waren."

Kein Bekenntnis zum Staat!

Wohin steuert die Deutsche Studentenschaft?

Die Vertreter von etwa 50 000 Studenten, der Hälfte aller deutschen Studenten, haben ihre Tagung in Hannover beendet, eine Tagung, die Klarheit über Ziel und Weg der Deutschen Studentenschaft bringen sollte. Wir entsinnen uns des bisherigen Weges der Deutschen Studentenschaft: Kriegsstudenten erkämpften die Gemeinschaft aller Studenten auf überparteilicher Grundlage mit dem Ziele der Selbstverwaltung und Selbsterziehung, der wirtschaftlichen Selbsthilfe, der Mitarbeit an den Aufgaben der Hochschule im Volke. Wir wissen, wie die daraufhin (1920) gewährte staatliche Anerkennung mit der Zwangszugehörigkeit aller reichs- und auslandsdeutschen Studenten infolge eines Landtagsbeschlusses 1927 in Preußen wieder entzogen wurde, weil die Mehrheit der Studierenden nicht verzichten wollte auf die Koalition mit den rein arisch zusammengesetzten Gruppen in Oesterreich und Böhmen.

Immer deutlicher wurde daraufhin der Verfall der Deutschen Studentenschaft: zwar bildeten sich an den preußischen Hochschulen die „freien" Studentenschaften, sie umfaßten aber eigentlich nur die Korporationen und die rechtsstehenden Nichtkorporierten, während die vielen Uninteressierten fernstanden. Die staatsbejahenden und freiheitlichen Gruppen (sozialistische, demokratische, republikanische und Zentrums-Gruppen) organisierten sich 1928 im „Deutschen Studentenverband"; hier stehen die wahren Erben und Fortsetzer der revolutionären Studentenbewegungen von 1817 und 1848.

Infolge der jahrelangen Streitigkeiten innerhalb der Deutschen Studentenschaft und mit den Behörden entglitten der Deutschen Studentenschaft allmählich ihre ursprünglichen Aufgabengebiete: die „Wirtschaftshilfe" und die „Aemter für Leibesübungen" sind heute fast völlig getrennt vor ihr und auch in den „Fachschaften" mehren sich die Bestrebungen zur unpolitischen Erledigung der Arbeiten. Immer mehr drangen aber mit kräftiger Unterstützung der Rechtspresse in den Studentenschaften die radikalen Elemente durch, die eine Rechtsorientierung und eine politische Tätigkeit außerhalb der Hochschule forderten. Das zeigte sich besonders beim Lessing-Konflikt in Hannover und es erhebt sich hier die Frage, ob nicht viele spätere Schwierigkeiten weggefallen wären, wenn der Kultusminister bei diesen Vorfällen schärfer durchgegriffen hätte.

Alle diese Erscheinungen brachten einige wenige Führer der Deutschen Studentenschaft zur Einsicht; so sprach z. B. auf dem 11. Studententag in Danzig (1928) der damalige erste Vorsitzende Schmadel für eine neue Anerkennung durch die Behörden, wurde aber von der Mehrheit unter Führung des zweiten Vorsitzenden Kersten heftig angegriffen. Es kam in Danzig nur zu einer Vertagung des Streites, und man erhoffte nun von der Konferenz in Hannover, auf der fast alle — zirka 70 — freien und noch anerkannten Studentenschaften vertreten waren, eine Klärung, besonders der Stellung zum Staate, zum großdeutschen Aufbau, zur Politik an der Hochschule.

Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Allerdings vertrat wieder Schmadel nachdrücklichst seinen von Danzig her bekannten Standpunkt. Allerdings bemühte sich die Verhandlungsleitung, eine Politik der Mäßigung durchzuführen. Aber es kam nur eine resignierende, unklare Entschließung zur Annahme, die das Fehlschlagen der Verhandlungen über eine Neuanerkennung und über ihre Voraussetzung, eine Aenderung der Zusammensetzung der österreichischen Studentenschaften, feststellt, und die vielleicht in den Händen eines gemäßigten Vorstandes die Tür zu neuen Verhandlungen mit dem preußischen Kultusministerium offenläßt. Einige süddeutsche Studentenschaften ließen keinen Zweifel darüber, daß sie die staatliche Anerkennung einer Zugehörigkeit zur Deutschen Studentenschaft vorziehen würden.

Am letzten Tage enthüllte die Deutsche Studentenschaft ihr wahres Gesicht. Trotz der Mahnung der Gemäßigten, sich nicht außerhalb der Hochschulaufgaben oder gar des Staates zu stellen und den soeben erst angenommenen Grundsatz der politischen und religiösen Neutralität zu wahren, wurden eine Anzahl rechtsradikaler Anträge eingebracht, die man selbst mit allen Verdrehungskünsten nicht mehr als unpolitisch ansprechen kann: gegen den Young-Plan (angenommen), für Einführung eines numerus clausus gegen jüdische und fremdstämmige Studenten und Dozenten (wegen formaler Fehler mit knapper Mehrheit abgelehnt), für Freilassung der Fememörder (abgelehnt), gegen Unterstützung notleidender ausländischer Studierender (knapp abgelehnt) und — für die Wehrhaftmachung Deutschlands (diesem Ziele sollen auch die geplanten Ferienlager der Deutschen Studentenschaft dienen; es wird nötig sein, daß wir ihnen einige Aufmerksamkeit schenken!). Diesem ganzen Treiben setzte zuletzt die bekannte Entschließung **gegen die Teilnahme an den Verfassungsfeiern** die Krone auf. Sie wirkte wie eine Revanche für die Kundgebungsverbote am 28. Juni und für die angebliche Absicht, die Reichsgründungsfeier zu verbieten. Man könnte noch lächelnd hinweggehen über die billige Retourkutsche gegen das Ministerium („man wolle keine Abschwächung der Regierungskundgebung ..."), nicht aber über die Erklärung, daß ein Teil der anwesenden Vertreter nicht einverstanden sei mit dem Satz: „Diese Entschließung richtet sich nicht gegen die Verfassung von Weimar oder den heutigen Staat." **Das bedeutet eine glatte Absage von Tausenden unserer zukünftigen Staatsfunktionäre an den heutigen Staat, der ihnen jetzt das Studium und später die Existenz gewährt.**

Was zeigt uns nun dieser Studententag, verglichen mit den vorigen in Bonn und Danzig? Zwar eine Stärkung der verhandlungsbereiten Richtung, aber auch eine Radikalisierung ihrer Gegner (von der DNVP. zur NSDAP.); ein Anwachsen derer, die, entgegen den Zielen der Studentenschaft von 1919 und begünstigt durch das Freiwerden von staatlicher Aufsicht, für eine erhöhte rechtspolitische Aktivität der Studentenschaft außerhalb der Hochschulen eintritt. Diese Richtung profitiert davon, daß die Zwangsorganisation zu Gesinnungsgemeinschaften geworden sind, denen die freiheitlichen Gruppen ablehnend, die meisten Nichtkorporierten uninteressiert und viele katholische Korporationen abwartend gegenüberstehen. Die Stellung der gesamten Deutschen Studentenschaft wird außerdem noch unsicherer durch die wachsende Gleichgültigkeit in den großen Verbänden. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie immer noch in ihr die ausschlaggebende Rolle spielen (Beweis: in Hannover waren kaum Nichtkorporierte als Vertreter anwesend).

Die Stellung der republikanischen Studenten Preußens zu den Vorgängen in der Deutschen Studentenschaft ist geteilt: die Einen würden die Wiederaufrichtung einer allgemeinen Zwangsorganisation begrüßen, um die Bäume der Rechtsradikalen durch die Kontrolle des Staates oder der Minderheiten nicht in den Himmel wachsen zu lassen; außerdem würde der Aufbau der österreichischen und böhmischen Studentenschaften nach dem staatsbürgerlichen Prinzip eine erhebliche Machtverschiebung zu unseren Gunsten bedeuten. Die anderen dagegen befürchten ein völliges Niederstimmen der Minderheiten und sind deshalb für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, bei dem der freiheitliche Deutsche Studentenverein gleichberechtigt neben der Deutschen Studentenschaft steht. Mit einer autonomen Stellung der Hochschule, wie sie die Rechte oft fordert, können sich sozialistische Studenten natürlich nicht einverstanden erklären; viel weniger noch mit einer daraus abgeleiteten Sondergerichtsbarkeit. Nach unserer Meinung ist die Hochschule ein Organismus im Volksganzen, der vom Staate unterhalten wird, und es ist durchaus notwendig, daß ihre Angehörigen sich zu diesem Staate positiv einstellen. Es schien in Hannover so, als habe der Hauptgrund zum Abbruch der Verhandlungen über die Wiederanerkennung darin gelegen, daß die Deutsche Studentenschaft sich nicht zu dieser Selbstverständlichkeit durchringen kann. Die Folge des Abbruchs wird bei fortschreitender Radikalisierung wahrscheinlich sein, daß auch in den süddeutschen Ländern die staatliche Anerkennung verloren geht. Dann hätte die Deutsche Studentenschaft nach Verlust der Selbstverwaltung der Wirtschaftshilfe und der Leibesübungen nur noch parteipolitische Aufgaben oder höchstens einen dekorativen Daseinszweck.

Wenn auch niemand mehr den Anspruch der Studenten, die zukünftigen Führer des Volkes zu sein, ernst nimmt, so ist es doch gerade für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung, wie die Geistesverfassung der zukünftigen Juristen, Verwaltungsbeamten, Studienräte und Ingenieure ist, und wie sie zum Staate stehen!

Dipl.-Ingenieur Schulte, Sozialistische Studentengruppe Hannover.

Märtyrer vom Landbund.

Landbündler Hampkens (Holstein) feiert nach Verbüßung einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe seine Haftentlassung. Gegen ein Entree von 1 Mark kann jeder den Märtyrer bewundern.

Sowjetrussische Schupo.

Fast noch schlimmer als die zaristische Polizei.

Die Sowjetschupo gehört mit zu den wundesten Punkten des sowjetrussischen Lebens. Es ist nicht so lange her, daß die Abgeordneten der Leningrader Fabriken von ihren Wählern den Auftrag erhielten, dafür zu sorgen, daß die Schupo, in Sowjetrußland Miliz genannt, ein wenig aufgefrischt werde. Tatsächlich wurden auch im Laufe von 4½ Monaten, vom 1. Januar bis 15. Mai, etwa 342 Polizeibeamte entlassen. Trotz alledem, klagt die Leningrader „Rote Zeitung", hat sich nicht vieles gebessert. Die Gerichtschronik befaßt sich immer wieder mit den Schupobeamten; Willkür, Suff, Diebstahl und noch schwerere Verbrechen sind unter ihnen heimisch. Es gibt da nicht wenige, sagt das Blatt, die die Gewohnheiten der vorrevolutionären Zeit auf den Sowjetboden übertragen haben — und führt auch Beispiele dafür an.

Da stehen eines Tages in der „Straße der Streiks" zwei brave „Milizionäre", Tschebykin und Sacharow. Aus unbekannten Gründen verlassen sie ihren Posten und begeben sich in die nächstliegende Kneipe. Hier gesellt sich zu ihnen ein Bürger. Als alle drei genug Alkohol zu sich genommen haben, unternehmen sie einen gemeinsamen Spaziergang. Die Freundschaft hat aber ein ganz unerwartetes Ende. Die beiden Polizeibeamten spürten plötzlich das Verlangen, den Bürger zu durchsuchen, entnahmen seinen Taschen 72 Rubel, teilten die Beute untereinander und liefern diesen als Ausgeplünderten unter einem schicklichen Vorwande an einen anderen Posten ab.

Aehnlich machte es ein anderer „Milizionär". Auch dieser erleichterte die Taschen eines Betrunkenen um 70 Rubel und nahm sie an sich. Der Polizeibeamte Pawlow mißhandelte ohne jeden Grund einen Verhafteten; der Polizeibeamte Schmykow prügelte wegen angeblicher Langsamkeit einen Portier durch und führte ihn unter Bedrohung mit dem Revolver ins Polizeirevier. Weiter folgt eine Aufzählung von Polizeibeamten, die wegen Rowdytums, Suff und anderer Vergehen aus dem Dienst entlassen wurden.

Ganz wie im zaristischen Rußland besteht zwischen den Kaufleuten und den Polizeibeamten ein ungeschriebenes Vertragsverhältnis. Die letzteren erhalten ihre ständigen Monatsgelder. In Leningrad konnten z. B. die Obsthändler innerhalb eines bestimmten Reviers so lange handeln wie sie wollten. Die „Milizionäre" hatten dafür ein gutes Leben. Vor kurzem verhandelte das Bezirksgericht 14 Tage lang gegen 47 Polizeibeamte. Sie befanden sich jahrelang im Solde der Händler. Der Sold wurde wöchentlich abgeliefert. Es bestand eine regelrechte Organisation von Polizeibeamten, deren Haupt der Milizionär Kyrilow war. Die Privatgeschäftsleute, die Straßenhändler und Friseurläden, die Kneipen und Teehäuser, sie alle waren an diesen Abgaben beteiligt. Die Polizeibeamten durften in den Restaurants umsonst essen und trinken und sich unentgeltlich die Haare schneiden lassen.

Unter solchen Umständen ist es weiter nicht verwunderlich, daß die Leningrader Polizeibeamten sich nicht gerade einer besonderen Achtung bei der Bevölkerung erfreuen. Die „Rote Zeitung" vom 10. Juli schlägt Alarm: „Die Ereignisse der letzten Tage," sagt sie, „zeigen, daß die Rowdys und die Klassenfeinde der Sowjetregierung es auf die „Milizionäre" abgesehen haben." So wurden z. B. einem Polizeibeamten zwei Messerstiche in den Kopf versetzt. Als der Führer einer Patrouille diesem zu Hilfe eilte, wurde auch er mißhandelt. In einem anderen Falle versuchten die Rowdys einige Gefangene zu befreien. Zu einem Handgemenge kam es, als ein Polizeibeamter einen Eishändler zur Räumung seines Standortes veranlassen wollte. Wie in diesem Falle, so kam es auch einige Tage darauf an einem Leningrader Bahnhof zu Steinwürfen gegen die Polizei. Im ganzen wurden etwa 100 Personen verhaftet. Und da handelte es sich nicht um „Zörgiebel-Polizei", sondern um solche des Leningrader Vollzugsrats!

Bezeichnend ist übrigens der Vorfall, der sich vor kurzem auf einer Station in der Nähe Moskaus abgespielt hat. Zwischen einem „Milizionär" und einem Arbeiter kam es zu einem Zwischenfall. Der „Milizionär" machte von seiner Schußwaffe Gebrauch und tötete den Arbeiter. Das Volk lynchte den „Milizionär". Das Gericht verurteilte eine größere Anzahl von Teilnehmern an der Lynchjustiz zu schweren Gefängnisstrafen. Also geschehen in Sowjetrußland!

Arbeitslosigkeit Schiffbrüchiger. Der Reichsaußenminister, der Reichsverkehrsminister und der Reichsarbeitsminister haben dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend das internationale Uebereinkommen über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch vorgelegt.

Schlacht zwischen Militär und Polizei.

Tote und Verwundete in Bulgarien.

Sofia, 29. Juli. (Eigenbericht.)

In der Seestadt Warna kam es am Sonntagabend nach dem üblichen Volkstanz zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Soldaten, in deren Verlauf zwei Soldaten getötet und acht schwer verwundet wurden. Ein Polizeibeamter hatte einen Soldaten aufgefordert, den Tanzplatz zu verlassen. Als der Soldat das ablehnte und sich seiner Verhaftung widersetzte, holte der Beamte vom nächsten Revier 20 Mann zu Hilfe. Inzwischen hatten sich mehrere Soldaten zusammengetan, um ihren Kameraden zu schützen. Die Polizei wußte sich schließlich keinen anderen Rat, als in die Menge hineinzufeuern. Das war das Signal für das Publikum, ebenfalls einzugreifen, so daß eine wahre Schlacht entstand. 40 Minuten schlugen und schossen die beiden Parteien gegenseitig auf sich ein, bis das alarmierte Militär sie auseinanderbrachte. Die schießwütigen Polizeibeamten wurden verhaftet.

Tschechenprozeß gegen Slowaken.

Prag, 29. Juli. (Eigenbericht.)

In Preßburg begann am Montag der Prozeß gegen den slowakischen Abgeordneten und ehemaligen Universitätsprofessor Dr. Bela Tuka und zwei seiner Vertrauensmänner. Tuka wird des militärischen Verrats und des Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen auf die Republik beschuldigt. Es wird ihm vorgeworfen, militärische Daten, die sich auf die Verteidigung der Republik und besonders der Slowakei beziehen, einer fremden Macht übermittelt und hauptsächlich mit Offizieren zweier Militärspionagekanzleien in Wien in Verbindung gestanden zu haben.

Zehn Jahre IGB.

Fruchtbare Arbeit des Wiederaufbaus.

Vor zehn Jahren tagte vom 28. Juli bis 2. August in Amsterdam der erste Internationale Gewerkschaftskongreß der Nachkriegszeit, mit dem der Internationale Gewerkschaftsbund als Verkörperung des Solidaritätsgedankens der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nach den Stürmen des Weltkrieges neu erstand.

Zehn Jahre brauchen an sich noch keinen Entwicklungsabschnitt zu bedeuten. Die zehn Jahre internationaler Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg scheinen jedoch einen solchen Abschnitt darzustellen; denn die Erörterungen in den Gewerkschaften über die Pläne zur Schaffung eines Weltbundes sind Symptome eines neuen Anfanges; sie zeigen, daß nach der Konsolidierung der freien Gewerkschaftsbewegung in Europa für neue Aufgaben neue Formen internationaler Zusammenarbeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bereits gesucht werden.

Die Schwierigkeiten, vor denen am Ende des großen Krieges die Gewerkschaften standen, sind überwunden. Damals schienen alle Bande, an deren Knüpfung jahrzehntelang gearbeitet worden war, zerrissen. Legien in Berlin, Jouhaux in Paris und Oudegeest in Amsterdam — alle versuchten mühselig und unermüdlich aus der Isolierung herauszukommen und einen Ausgleich der Differenzen herbeizuführen. Die Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der Fäden der gewerkschaftlichen Internationale reichen noch in die Kriegsjahre hinein. In Leeds fand 1916 eine Internationale Gewerkschaftskonferenz statt, an der sich natürlich die Verbände der Mittelmächte nicht beteiligen konnten; im Juni 1917 tagte in Stockholm die große Sozialistenkonferenz; zu ihr kamen wohl die Deutschen, aber nicht die Belgier, Franzosen, Engländer und Amerikaner. Erst nachdem der Blutstrom des Krieges verebbt war und auf der Berner Sozialistenkonferenz auch eine internationale Fühlungnahme der Gewerkschaften stattgefunden hatte, gelang der neue Internationale Gewerkschaftskongreß in Amsterdam. Was in Amsterdam geschaffen wurde, war eine Wiedererrichtung der organisierten internationalen Gewerkschaftsbewegung, kein Neubau. Der IGB. bestand ja bereits vor dem Krieg und 1926 konnte er schon auf ein Vierteljahrhundert zurückblicken.

Die zehn Jahre, die seit 1919 verflossen sind, sind Jahre fruchtbarster Arbeit für den Wiederaufbau und für die Arbeiterklasse. Dem IGB. ist es zu danken, daß die beiden gewerkschaftlichen Gruppen in der Tschechoslowakei, die sich lange Zeit hindurch scharf bekämpft hatten, sich wieder aussöhnten. Der IGB. warf sein ganzes Ansehen in die Wagschale, als es galt, die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete zu verhindern, und er hätte die erste Washingtoner Arbeitskonferenz im September 1919 scheitern lassen, wenn Deutschland dort nicht zugelassen worden wäre. Mitarbeit beim Internationalen Arbeitsamt, Boykott gegen Ungarn, Verweigerung von Munitionstransporten, Hilfsaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung, Hilfsaktion für das hungernde Rußland, Abwehr der Zerstörungsarbeit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, Ueberwindung der Inflation, Kräftigung und Hilfe für die vom Faschismus bedrängten Gewerkschaftszentralen, Propagierung des Gewerkschaftsgedankens in den überseeischen Gebieten, unermüdliche Tätigkeit auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik — ein geradezu gigantisches Stück Arbeit zum Nutzen der Arbeiterklasse.

Wenn wir heute auf den ersten Internationalen Gewerkschaftskongreß nach dem Kriege zurückblicken, dann erwecken die Differenzen, die damals zwischen amerikanischer und europäischer Auffassung, zwischen Legien und Gompers, bei der Wiedererrichtung der gewerkschaftlichen Internationale in Erscheinung traten, unser besonderes Interesse. Gompers hat nie scharf zwischen sozialistischer und kommunistischer Internationale unterschieden. Nach 1920 schrieb er an Appleton, als dieser den Vorsitz im IGB. niederlegte, der Amsterdamer Gewerkschaftsbund sei eine Körperschaft, deren Ideen und Bestrebungen in logischer Folge zum Bolschewismus führen müßten. Der Ausgang der Verhandlungen in Amsterdam hat damals Gompers und seine Freunde verstimmt.

Die Frage der Zusammenarbeit zwischen den europäischen und amerikanischen Gewerkschaften ist heute wieder aktuell. Die Arbeit Amsterdams im Verlauf der letzten zehn Jahre hat deutlich gezeigt, daß Gompers in seiner Beurteilung der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung völlig danebengegriffen hat. Moskau ist heute der Todfeind Amsterdams. Auf der anderen Seite drängt die Entwicklung die amerikanischen Arbeiter immer stärker an die Seite des IGB. Europäische und amerikanische Arbeiter müssen einander helfen, voneinander lernen, wenn sie gegenüber dem gemeinsamen Widersacher, dem internationalen Kapitalismus, bestehen wollen.

Der Kampf in England.

Die Unternehmer nicht einig.

Manchester, 29. Juli (Eigenbericht).

Ein großer Teil der 1800 Spinnereien und Webereien in Lancashire mit rund 500 000 Arbeitern liegt still; etwa 10 Proz. der Spinnereien und 25 Proz. der Webereien haben sich jedoch der Aussperrung nicht angeschlossen. Die Arbeit wird in diesen Betrieben auf der Grundlage der alten Lohnsätze fortgesetzt. Die meisten dieser Firmen gehören den Unternehmerverbänden nicht an. Jedoch haben sich auch einige organisierte Firmen dem Mehrheitsbeschluß der Unternehmerverbände widersetzt und sich bereit erklärt, die Arbeit zu den alten Lohnsätzen fortzuführen. Darunter befindet sich u. a. auch die bedeutende Firma Tootal, Broadhurst, Ll u. Co., die zwei Fabriken mit einer Belegschaft von rund 3000 Arbeitern in Bolton und Manchester besitzt. Die Firma vertritt offiziell den Standpunkt, daß ihrer Meinung nach „wissenschaftliche Betriebsführung und nicht Lohndruck“ das gegebene Mittel sei, um der ausländischen Konkurrenz zu begegnen.

Das Arbeitsministerium, das sich unter der Führung des Arbeitsministers Frau Bondfield in der vergangenen Woche wiederholt bemüht hat, die Aussperrung zu verhindern, erklärt offiziell, daß das Ministerium im gegenwärtigen Augenblick nicht in den Kampf einzugreifen vermöge.

Das Urteil eines bürgerlichen Blattes.

Die Aussperrung von 500000 englischen Baumwollarbeitern, die schon so oft wie eine schwere Gewitterwolke die englische Wirtschaft bedrohte, ist jetzt Tatsache geworden. Zur Aussperrung kam es, weil die Arbeiter sich weigerten, in eine Kürzung der Löhne von 12,82 Proz. einzuwilligen.

Von Interesse sind die Ausführungen des liberalen „Manchester Guardian“ zu dem Konflikt. Das Blatt schreibt, die Löhne der Spinner machten nur einen geringen Teil der Gesamtkosten aus. Die vorgeschlagenen Lohnkürzungen seien absolut kein Mittel zur Senkung der Verkaufspreise, wodurch etwa Lancashire einen beträchtlichen Teil der verlorenen Märkte wiederzugewinnen hoffe. Der Vorschlag der Lohnkürzung leide an Kurzsichtigkeit, die für die Baumwollindustrie charakteristisch sei.

So der „Manchester Guardian“. Man sieht, die englischen Textilindustriellen finden selbst in der bürgerlichen Presse nichts weniger als Zustimmung.

„Wegen Arbeitsmangel entlassen.“

Wer betrügt die Reichsanstalt?

Das Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt, in dem darauf hingewiesen wird, daß oft Arbeitszeugnisse ausgestellt werden mit dem Vermerk „Wegen Arbeitsmangels entlassen“, die aber mit der tatsächlichen Ursache der Entlassung nicht übereinstimmen, hat natürlich im „Berliner Tageblatt“ einen Leitartikel ausgelöst. Es wird da anscheinend gegen die Unternehmer zu Felde gezogen, die aus Gefälligkeit gegenüber ihren Arbeitern solche unwahre Bescheinigungen ausstellen und damit sich nicht nur des Betrugs schuldig machen, sondern auch die Reichsanstalt direkt schädigen. Aber, wird dann zur Entschuldigung der Unternehmer angeführt, diese unwahren Bescheinigungen werden ausgestellt unter dem Druck der Betriebsräte und der Gewerkschaften.

Also die Betriebsräte, die Gewerkschaften und die Arbeiter im allgemeinen sind schuld, wenn die Unternehmer falsche Arbeitsbescheinigungen ausstellen!

Wie verhalten sich die Dinge in der Praxis? Wird ein Arbeiter entlassen, ohne daß Arbeitsmangel vorliegt, dann ist die Entlassung zurückzuführen entweder auf die mangelnde Eignung des Arbeiters, oder aber weil der Arbeiter sich irgendwie „mißliebig“ gemacht hat. In letzterem Falle hat der Unternehmer ein gewisses Interesse daran, die wahre Ursache der Entlassung zu verbergen. Nicht aber der Arbeiter oder die Gewerkschaft.

Liegt Arbeitsmangel nicht vor und eignet sich der Arbeiter, so hat der Unternehmer ein Interesse daran, den Arbeiter zu behalten. Er wird es also ablehnen, dem Arbeiter, den er braucht und brauchen kann, ein Zeugnis auszustellen, wonach der Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen sei. Daß ein Unternehmer in einem solchen Fall dem Arbeiter ein Gefälligkeitszeugnis ausstellt, damit dieser in den „Genuß“ der Arbeitslosenunterstützung kommt, ist so gut wie ausgeschlossen. Nur wo der Unternehmer selbst ein Interesse daran hat, die Wahrheit zu verbergen, weil er vor dem Arbeitsgericht oder von der Gewerkschaft belangt werden könnte, nur in solchen Fällen wird der Unternehmer den wahren Grund der Entlassung verbergen.

Bauschlosserstreik verschärft sich.

Die Unternehmer wollen morgen aussperren.

Die Generalversammlung des Schutzverbandes Berliner Schlossereien sowie die Delegiertenversammlung der Schlosser-Zwangsinnung haben am 25. Juli die Aussperrung sämtlicher Berliner Bau- und Geldschrankschlosser beschlossen. Den Vorständen wurde Vollmacht gegeben, den Tag der Aussperrung von sich aus festzusetzen. Die Vorstände beider Unternehmergruppen haben nunmehr verfügt, am heutigen Montag zum Schichtschluß die Aussperrung vorzunehmen. Nicht ausgesperrt werden sollen: Bauanschläger (die übrigens gar nicht dem Tarif der Bau- und Geldschrankschlosser unterstehen und somit auch nicht an dem Konflikt beteiligt sind), Lehrlinge, Werkmeister und die technischen und kaufmännischen Angestellten.

Sollte die Aussperrung restlos durchgeführt werden, so würde sich der Kreis der an dem Kampf Beteiligten von rund 1700 Arbeitern und Angestellten auf etwa 3500 Personen erweitern. Die streikenden Arbeiter nehmen morgen, Dienstag, vormittag 10 Uhr, in einer Versammlung in den „Sophiensälen“ zu der neuen Situation Stellung.

Abrechnung mit den Wortrevolutionären

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

In der Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter am Sonntag im Gewerkschaftshaus widmete zunächst der Bevollmächtigte Genosse Rücker dem Verbandsvorsitzenden Genossen Brey, der am 1. August 65 Jahre alt wird und seit der Gründung des Verbandes, also seit 39 Jahren an seiner Spitze steht, einige anerkennende Worte. Die Generalversammlung stimmte einmütig dem Vorschlag Rückers zu, dem Genossen Brey an seinem Geburtstage im Auftrage der Ortsverwaltung und der Generalversammlung ein Glückwunschschreiben zu übersenden.

Genosse Rücker ging dann auf die im zweiten Quartal geführten Lohnbewegungen ein, wobei er besonders die Bewegung in der chemischen Industrie einer kritischen Betrachtung unterzog. Gerade in der chemischen Industrie, wo die „Opposition“ immer das große Wort führt, wollte die Organisation einmal den Schreihälsen Gelegenheit geben, zu zeigen, wie es mit ihrem Kraftmeiertum in Wirklichkeit bestellt ist. Als alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, führte die Ortsverwaltung eine Streikabstimmung in den Betrieben durch, deren Ergebnis die Ortsverwaltung im Interesse des Gelingens der Lohnbewegung nicht veröffentlichte. Von mehr als 12 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in den chemischen Betrieben wurden nur 3327 (!) Stimmen abgegeben, davon 2866 für den Streik. Das Verhältnis der Unorganisierten zu den Organisierten stellte sich als erschreckend hoch heraus. Angesichts dieser Feststellungen konnte die Organisation das auf Veranlassung des Haupttarifamtes eingeleitete neue Schiedsverfahren nicht ausschlagen, das mit der Verkündung eines beide Parteien bindenden Schiedsspruchs endete, der für die Dauer von 1½ Jahren eine Lohnerhöhung von 4 Pf. vorsah. Die Organisation ging diesen Weg nur ungern. Vor der Verkündung des Schiedsspruches war es auch im kommunistischen Blätterwald merklich still, weil man dort nicht recht wußte, ob die „revolutionäre“ Opposition nicht doch etwa noch die „klassenbewußten Unorganisierten“ ins Treffen führen mußte.

Genosse Rücker warnte die Delegierten insbesondere vor dem neugegründeten „revolutionären“ Betriebsräteausschuß, der nichts anderes ist als ein kommunistisches Kampfinstrument gegen die Gewerkschaften. Trotz der beispiellosen Hetze der KPD. gegen die Organisation ist der Mitgliederbestand fast stabil geblieben. Die Ortsverwaltung zählte am Schluß des zweiten Quartals 9302 Mitglieder gegen 9378 Mitglieder zu Beginn des Quartals. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich im Laufe des Berichtsquartals um 3362 M. auf 67 338 M.

In der Diskussion langweilten zwei kommunistische Redner die Versammlung mit ihrer „Kritik“ an der Tätigkeit der Ortsverwaltung. Der Dawes- und Young-Plan, Konkordat, Arbeitsgemeinschaftspolitik, China-Konflikt, Regierungskoalition usw. wurden durcheinandergequirlt. Dem zweiten kommunistischen Redner entschlüpfte einmal ein wahres Wort, als er sagte, daß die „Rote Fahne“ oft Berichte und Artikel veröffentliche, die nicht ganz stimmen. Dem Genossen Rücker war es leicht, in seinem Schlußwort alle Anwürfe, soweit sie überhaupt in klarer Form gegen die Ortsverwaltung erhoben worden waren, zurückzuweisen. Die Regie klappte bei der Opposition so schlecht, daß sie erst kurz vor Schluß der Versammlung irgendeinen der üblichen „revolutionären“ Anträge einbringen wollte, der natürlich nicht mehr zugelassen werden konnte.

60 Jahre Handschuhmacher-Organisation.

Erprobte Gewerkschafter.

Die Handschuhmacher, die seit dem 1. Juli 1909 als Sektion dem Lederarbeiter-Verband angehören, blicken in diesem Monat auf ihren sechzigjährigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zurück. Sie waren neben den Tabakarbeitern und Buchdruckern die ersten deutschen Arbeiter, die sich gewerkschaftlich zusammenschlossen, und zwar sofort auf zentraler Grundlage.

Der Gedanke der Organisationsgründung ging von Augsburg aus, wo den Handschuhmachern ein Aufruf der Handschuhfabrikanten in die Hände gefallen war, worin die Unternehmer die Gehilfen verleumdeten und zur Gründung einer Fabrikantenorganisation aufforderten. Am 4. Juli 1869 wurde in Arnstadt eine Delegiertenversammlung abgehalten, die von 17 Delegierten aus den wichtigsten Fabrikationsorten Deutschlands beschickt war, und die am Nachmittag des gleichen Tages den „Verein der französischen Handschuhmacher Deutschlands“ gründete. Der Ausdruck „französische Handschuhmacher Deutschlands“ war damals allgemein üblich, weil die Fabrikation von Handschuhen durch französische Emigranten nach Deutschland eingeführt worden war. Nach 1874 nannte man sich mehr und mehr Verband anstatt Verein, und von 1877 an bildete die Bezeichnung Verband die Regel.

Der Anschluß an die Generalkommission, dem heutigen ADGB., wurde auf der Generalversammlung in Arnstadt 1891 vollzogen. Nach 40jähriger Selbständigkeit verschmolz sich dann der Handschuhmacherverband 1909, wie bereits eingangs ausgeführt, mit dem Lederarbeiterverband, wo sich die Handschuhmacher rasch eingelebt haben. Sie sind heute eine der am besten organisierten Arbeitergruppen sowohl innerhalb des Lederarbeiter-Verbandes als auch im Rahmen der gesamten Arbeiterschaft. Etwa 96 Proz. aller Handschuhmacher und 72 Proz. der Arbeiterinnen sind heute freigewerkschaftlich organisiert.

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Aus verschiedenen Betrieben wird uns gemeldet, daß die wegen verbandsschädigenden Verhaltens ausgeschlossenen Mitglieder der Branchenkommission der Dreher unsere Mitglieder auffordern, die Mitgliedsbücher an sie abzugeben. Dieses geschieht unter Verschweigung der Tatsache, daß die Mitglieder dadurch um ihre Rechte, also um ihre Mitgliedschaft im Verbande kommen. Wir ersuchen, uns umgehend persönlich oder schriftlich Mitteilung zu machen, wo einem Mitglied unter Angabe falscher Tatsachen die Bücher abgenommen worden sind.

Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Differenzen im schlesischen Textilkonflikt.

Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen, die sich bei der Arbeitsaufnahme in der schlesischen Textilindustrie ergeben haben, machen, wie wir hören, Fortschritte. In Landeshut sind die Differenzen so gut wie beigelegt. Zurzeit wird in den Textilpunkten Neustadt, Langenbielau und Grünberg verhandelt. Die Unternehmer haben zugesagt, daß sie alles tun würden, um zu einer Einigung zu gelangen. Man muß abwarten, ob sie überall ihr Versprechen einlösen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Spandau:** Jugendheim (Städt.), Lindenufer 1. Vortrag: „Berufsgefahren und Unfallschutz“. — **Frankfurter Allee:** Gruppenheim Städt. Jugendheim Litauer Straße 18. Vagabundengeschichten. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstraße 43. Literarischer Abend. — Der satirische Heine. — **Landsberger Platz:** Jugendheim Distelmeyerstr. 5. Aussprachеabend. Unser Mitteilungsblatt. — **Lichtenberg:** Jugendheim Dolziger Str. 22. Vortrag: „Wie lese ich eine Wanderkarte?“ — **Treptow:** Gruppenheim Schule Wildenbruchstr. 53—54 (Hortzimmer). Wovon man spricht. Die Reparationsschuld Deutschlands. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstraße. Gruppenabend. — **Mariendorf:** Jugendheim Mariendorf, Dorfstr. 7 (Alte Schule). Literarischer Abend. Adolf Glaßbrenner. — **Achtung, Sprechchor!** Der Sprechchor trifft sich zur Sprechchorprobe um 19 Uhr im Jugendheim des Deutschen Verkehrsbundes, Engelufer 24—25, Aufgang B, part. — **Südkreis:** Zirkusprobe um 19½ Uhr im Zimmer 7a der Jugendzentrale. — **Sport und Spiel ab 18 Uhr: Charlottenburg:** Sportplatz Sophie-Charlotte-Straße; **Süden, Südwesten:** Sportplatz Katzbachstraße.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, ist folgende Veranstaltung: **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Uebungsabend im Lesen von Wanderkarten. — **Spielen** auf dem Sportplatz Humboldthain ab 18 Uhr und im Stadtwald Köpenick ab 20 Uhr (Treffpunkt Bhf. Köpenick).

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorwärts“.

Ist Ihre Lunge nicht in Ordnung?

Herr Og Z. in B. schreibt: Seit 1917 litt ich infolge einer Gasvergiftung stets an überlästigem Nachtschweiß, verbunden mit stärkeren Rückenschmerzen. Verschiedene Ärzte, die ich zu Rate zog, konnten mir von meinem Leiden nicht helfen, bis ein Kriegs- und Leidenskollege mir Ihren „Wunderbalsam“ Nymphosan empfahl. Ich kaufte mir Ihren Balsam und nach der ersten Kur sehe ich mich verpflichtet, Ihnen hiermit für diesen Nymphosan-Balsam, der wirklich ein Heil der Menschheit bedeutet, meinen besten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Die Rückenschmerzen, der lästige Nachtschweiß sind vollständig verschwunden und mein Befinden gleicht dem einer gesunden und frischen Jugend. Der mich behandelnde Arzt war über den Erfolg sehr erfreut und wird, wie auch ich, stets und überall Ihren Wunderbalsam „Nymphosan“ empfehlen.

Preis der Flasche Nymphosan M. 3.50, Pernbonbons M. —.80. Erhältlich in allen Apotheken.

Bestimmt Bene-Aliance-Apotheke zum weißen Hirsch — Wittes Apotheke (Potsdamer Straße) — Apotheke zum gold. Hirsch (Lindenstraße) — Apotheke zum König Salomon (Charlottenstraße) — Prinzeß-Viktoria-Apotheke (Berlin N 31, Voltastraße 26) — Radlauers Kronen-Apotheke (Berlin W. Friedrichstraße 160).

Tränengaslager in Wilmersdorf.

Bei Ausschachtungsarbeiten entdeckt. — Kein Grund zu Besorgnissen.

Am Montag nachmittag wurde bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Grundstück Barstraße 46 in Wilmersdorf ein noch aus der Kriegszeit stammendes Lager von Tränengasflaschen, die man dort wahrscheinlich bei Ende des Krieges und Einstellung der Fabrikation vergraben hat, entdeckt. Mehrere Arbeiter der Städtischen Gaswerke, die mit den Rohrverlegungsarbeiten beschäftigt waren, wurden durch die ausströmenden Gase aus den zertrümmerten Flaschen in Mitleidenschaft gezogen. Es stellten sich heftige Augenschmerzen und Sehstörungen ein.

Von zuständiger Seite wird uns hierzu folgendes mitgeteilt: Auf dem Grundstück, das zwischen der Bar- und Berliner Straße in Wilmersdorf liegt und das einen Umfang von 200 mal 50 Meter hat, befinden sich mehrere einstöckige Schuppen und ein massives, zweistöckiges Gebäude. Während des Krieges wurden hier Tränengase fabriziert. Außerdem waren in dem massiven Gebäude mehrere Räume, in denen gleichzeitig Gasmasken auf ihre Dichtigkeit geprüft wurden. In der Kriegszeit wurden in der Gasfabrik viele hunderttausend dieser Ampullen und Behälter mit Tränengas gefüllt. Am Montag nachmittag, kurz nach ½2 Uhr, waren Arbeiter der Städtischen Gaswerke damit beschäftigt, starke Gasrohre, die nach der Wilhelmsaue führen, zu verlegen.

Plötzlich stießen beim Graben mehrere Arbeiter fast zu gleicher Zeit auf Glasbehälter, die zerbrachen und denen ein eigentümlicher Geruch entströmte. Die Augen begannen zu tränen, und es stellte sich starkes Unwohlsein ein. Fluchtartig verließen die Arbeiter den Schacht.

Nachdem sich die erste Gaswolke verzogen hatte, grub man weiter und stieß abermals auf mit Tränengas gefüllte Glasampullen. Daraufhin wurde das zuständige Polizeirevier verständigt und gleichzeitig die Wilmersdorfer Feuerwehr alarmiert, die unter Leitung des Baurates Spohn mit den notwendigen Schutzmitteln, Gasmasken usw. anrückte. Die mit Gasmasken ausgerüsteten Feuerwehrmannschaften gruben längs des ausgehobenen Schachtes nach und förderten einige hundert gefüllte Gasampullen und mehrere größere Ballons zutage. Die Ampullen, die ein zwar gefährliches, aber nicht tödlich wirkendes Gas enthalten, wurden sofort unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßnahmen vernichtet.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheinen sich

auf dem Grundstück noch einige Zehntausend Ampullen und auch zahlreiche größere Mengen Tränengas fassende Behälter im Erdreich in etwa zwei Meter Tiefe zu befinden.

Die Feuerwehr rückte nach getaner Arbeit wieder ab. Die Baustelle konnte wieder freigegeben werden, da zurzeit keine Gefahr mehr besteht. Es muß nun festgestellt werden, ob in diesem Kriegsbetrieb tatsächlich nur Tränengas erzeugt und verarbeitet worden ist. Es wird nämlich behauptet, daß auch Blaugas, das sogenannte „Blaukreuz", fabriziert wurde. Es besteht daher die Möglichkeit, daß auf demselben Grundstück auch zahlreiche Flaschen, die das gefährliche Gift enthalten, vergraben sind.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die zuständigen Behörden den Dingen genau auf den Grund gehen und alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Ein Grund zu irgendeiner Beunruhigung liegt keineswegs vor.

Schlagwetterexplosion in Belgien.

Drei Bergleute tot.

Brüssel, 29. Juli.

Durch eine schwere Schlagwetterexplosion im Kohlenbergwerk Mambourg in Dampremy bei Charleroi wurden drei Bergleute getötet.

Das Rätsel um Bombe.

Man orakelt und vermutet ergebnislos weiter.

Um das Verschwinden des Landgerichtsdirektors Max Bombe hat jetzt, nachdem alle Nachforschungen bisher ergebnislos verlaufen sind, das große Rätselraten begonnen.

In verschiedenen Ortschaften in der Umgebung Neu-Globsows wollen Einwohner und Ausflügler den Vermißten noch vor wenigen Tagen gesehen, ja sogar mit ihm gesprochen haben. Es scheint, daß die ganze Gegend von einer — man kann ruhig sagen — Bombe-Psychose befallen ist. Erst am Sonntag tauchten wieder Gerüchte auf, daß Bombe da und dort gesehen sein sollte. Die Polizei ist diesen Gerüchten, wie es selbstverständlich ihre Pflicht ist, nachgegangen. Es haben sich aber nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Gesehene nun auch tatsächlich Bombe gewesen ist. Es wäre aus diesem Grunde ratsam, wenn das „Orakeln", das von einer gewissen Presse seit Tagen in einer ganz unverständlichen Breite fortgesetzt wird, endlich einmal ein Ende findet. Gewiß, die Polizei ist auf Mithilfe des Publikums angewiesen. **Solange aber, wie im Falle Bombe, nicht tatsächlich positive Feststellungen gemacht werden können, solange über das Verschwinden des Landgerichtsdirektors nichts Genaues gesagt werden kann, sollte man mit bloßen Vermutungen zurückhaltender sein.** Bald tippt einer auf Selbstmord, bald sagt der andere, Bombe irre geistesgestört in der Gegend umher, noch andere glauben wieder, daß der Vermißte einem Unglücksfall oder Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Ob Landgerichtsdirektor Bombe noch am Leben ist, erscheint allerdings jetzt, nachdem er seit 10 Tagen spurlos verschwunden ist, mehr als fraglich. Die Nachforschungen des Berliner Kriminalkommissars Busdorf konnten den mysteriösen Fall bisher ebensowenig erhellen wie die bisherigen Ermittlungen der zuständigen örtlichen Polizeiorgane.

Die Rückfahrt der „Bremen".

Die „Bremen" funkte nach New York, sie fahre durchschnittlich 27,5 Knoten seit ihrer Abreise. Bis gestern mittag wurden 629 Seemeilen zurückgelegt. Ein blinder Passagier ist diesmal nicht an Bord, dagegen zwei unfreiwillige Passagiere, die den Dampfer in dem Riesengedränge nicht mehr rechtzeitig verlassen konnten.

*

Wie verlautet, wird das Bordflugzeug der „Bremen", das eine Reisegeschwindigkeit von 190 Kilometer und einen Aktionsradius von 1000 Kilometer hat, auch bei der Ankunft der „Bremen" in Europa dem Ozeanriesen mit der Post vorausfliegen. Das Flugzeug wird kurz vor Cherbourg abgelassen werden und dann direkt nach dem deutschen Flughafen Blexen bei Bremen fliegen. Auf diese Weise wird die gesamte Post etwa 11 Stunden früher hier eintreffen.

Nach 154 Flugstunden abgestürzt.

Das Flugzeug „Minnesota", das sich auf einem Dauerflug bei Minneapolis (USA.) befand, stürzte nach 154 Flugstunden während der Vorbereitungen zu einer weiteren Brennstoffergänzung plötzlich aus einer Höhe von 61 Meter ab und fiel auf die Autorennbahn. Ein Pilot wurde getötet, der andere schwer verletzt

Drei Arbeiter schwer verletzt.

Explosion in einer chemischen Fabrik.

Mainz, 29. Juli.

In der Zweigniederlassung des Vereins für chemische Industrie A.-G. in Mombach ereignete sich heute vormittag im ersten Stock des dreistöckigen Fabrikgebäudes aus bisher unaufgeklärter Ursache eine heftige Explosion. Drei Arbeiter, die durch Stichflammen und herumfliegende Eisenteile schwer verletzt wurden, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die übrigen Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Feuerwehren mußten sich darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen, da ein Vordringen an den Brandherd infolge fortgesetzter Explosionen unmöglich war.

Der Schaden ist bedeutend, er soll aber durch Versicherung gedeckt sein.

Für Fortbildung der Arbeiterschaft!

Berlin unterstützt Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung.

Der Magistrat hat beschlossen, der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, die sich jetzt in dem früheren Schloß Ruhwald an der Spandauer Chaussee in Charlottenburg befindet, aus Vorbehaltsmitteln des Magistrats eine einmalige Zuwendung in Höhe von 5710 Mk. zu bewilligen. Diese Fachschule, die unter Aufsicht des preußischen Handelsministeriums steht, dient der Fortbildung von Arbeitern und Angestellten auf dem Gebiete der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Sie wird zurzeit von ungefähr 60 Schülern aus allen Teilen Deutschlands besucht, die von den Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen ausgewählt worden sind. Vier dieser Schüler erhalten zum Besuch der Schule ein Stipendium durch die Stadt Berlin.

Seit dem Oktober 1928 befindet sich die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, die ursprünglich in Schmargendorf untergebracht war, in dem früheren Schloß Ruhwald in Charlottenburg. Der jetzt vom Magistrat bewilligte Betrag stellt eine Zuwendung für die Umbaukosten des Schlosses dar. Im übrigen trägt der preußische Staat die gesamten Personalkosten für die Fachschule, während die Stadt Berlin sich regelmäßig an den sächlichen Kosten, besonders an der Bezahlung der Miete, beteiligt.

Schweres Erdbeben in Ekuador.

Abgründe öffnen sich. — Bisher 60 Tote.

New York, 29. Juli.

Ekuador wurde in der Nacht zum Sonnabend von einem schweren Erdbeben heimgesucht. In Moyurgo sind 60 Personen getötet worden. Die Stadt selbst ist völlig zerstört. In allen Orten herrscht große Panik.

Nach einer weiteren Meldung der Associated Preß aus Quito (Ekuador) folgten auf den Hauptstoß, durch den gestern die Ortschaft Moyurgo heimgesucht wurde, noch weitere leichtere Stöße, die den Schrecken der Einwohner, die sich hatten retten können, nur noch erhöhten. Auch in den Ortschaften Tambello, Machachi und Latacunga wurde durch das Erdbeben beträchtlicher Schaden angerichtet. Die Erdstöße dauerten bis zum Abend fort. Im Zentrum des Bebens öffneten sich abgrundtiefe Spalten, die zum Teil 4½ Meter breit waren.

11] Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Er schwätzt weiter, Funk denkt über die Katze an seinen Rattenbiß. Der Handballen schmerzt, wie ihm scheint, mehr als er schmerzen dürfte für diese kleine nadelscharfe Verletzung. Aber was soll er beginnen? Ist es nicht widerwärtig, am ersten Tag des Dienstes gleich mit Kranksein aufzuwarten — und lächerlich, gestehen zu müssen: mich hat eine Ratte gezwickt! — Er betrachtet verstohlen die Hand: sie ist angeschwollen, sie spannt, sie ist hochrot. Er muß daran denken, der Nager könne an stinkigen Küchenabfällen oder an Aas sich gelabt und gleich darauf ihn gebissen haben. Es schüttelt ihn.

Rennoth bemerkt es. „Du bist noch net ganz heimisch hier. Aber der Mensch gewöhnt sich an alles. Er ist beladen mit vielen kleinen Paketen, die um ihn her baumeln, den braunen Pappschachteln, die fettig durchschlagen, in denen Schmalznudeln, Butter, Geräuchertes, Eier aus der Heimat herbeigereist sind."

Sie passieren verdeckte Geschützstellungen. Feldartillerie hat ihre Kanonen unter vereinzelte Bäume postiert, halb eingegraben. Wo kein Baum war, hat sie selber einen wachsen lassen. Leere Munitionskörbe liegen umher. Die Rohre gleißen im Blätterschatten schläfrig und verschwiegen. Ein paar Artilleristen sagen mit gelangweilter Miene Grüß Gott — halblaut, als gälte es, jemanden nicht zu wecken. Schläft der Krieg — oder hat er hier überhaupt noch nicht recht begonnen?

Aber hundert Schritte weiter stoßen sie auf eine gallertartige Masse hart am Weg — auf eine ansehnliche Pfütze, die dunkelrot-ölig ins Violette schillert: da schillert, wo der heitere Himmel blau sich spiegelt. Ein Fliegenschwarm summt drohend auf, als wahre er sich gegen Zudringlichkeit.

„Was ist das —?" fragt Funk stockend. Oel —? denkt er — es ist, als habe Meister Krieg, Viechkerl Krieg seine halbe Lunge hingespuckt. Vielleicht ist er doch am Verrecken, denkt Funk.

„Was wird's sein? Eine Blutlache," sagt Rennoth. „Die liegt schon länger da. Jetzt trocknet sie ein."

„Von wem? Wer ist denn hier —?"

„Weiß nicht. Vielleicht von den Artilleristen einer. Eher noch ein Gaul. Denn so viel Blut kann ein Mensch allein gar net verlieren. Einen Gaul wird's erwischt haben."

Sie trösten sich beide damit — wenn es ein Trost ist. Funk verspürt wachsend, es sei keiner. Und wenn ein Geschoß in den Boden fährt und nichts ermordet als die Wurzeln von Grashalmen: es ist kein Trost. Denn die Dummheit bleibt. Die Gemeinheiten, die Vergewaltigungen, die sturen Brutalitäten, die ohne einen Schimmer selbst von dem sind, was man „ritterlichen Zweikampf" nennt — sie bleiben. Funk erkennt es unverlierbar.

So rücken sie ihrem Ziele näher. Es taucht auf in Gestalt des ehemaligen Dorfes Fromelles, in Gestalt eines wüsten Steingebrodels, eines erstarrten Kataraktes von Trümmern. Daß sie einst zu Häusern zusammengefügt waren, ist ganz unglaubhaft. Heute sind sie nichts als ein Erguß der großen Bestie, die die Welt umkrallt hat.

9.

Der Verbandplatz Fromelles ist in Kellerräumen eines Bauerngehöftes untergebracht, dessen Gebäude kareeartig einen Hof umschließen. Das Gehöft ist erstaunlich gut erhalten, gemessen an der völligen Vernichtung des Dorfes. Kommt es daher, daß es — schon wie eine Ferme — abseits liegt und sein eigenes Dasein führt — oder daß es, als Sanitätsstation seit langem eingerichtet und durch die Genfer Fahne kenntlich gemacht, von den Kanonen geschont wird?

Man hat sich in der Schußrichtung verstärkt und verdickt mit Sandsäcken, Balken und Erdreich. Man hat zu den verfügbaren unterirdischen Behausungen neue gebohrt und gegraben im Schutz des Karrees: eine Flucht von kleinen, schmutzigen, dumpfen, feuchten Löchern für Krankenträger, Unteroffiziere und Arzt. Ein paar Räume sind auch oberirdisch, die festesten und geschütztesten, die zu haben sind, als „Warteräume" für die Verwundeten, denn man kann mit ihnen nicht in die winkligen Löcher hinab, abgesehen davon, daß drei Tragbahren dort unten allen Platz ausgefüllt hätten.

Oben liegen auch: ein Schlafraum für Mannschaften, gleichzeitig Verbandraum, eine Küche, eine Latrine, eine Totenkammer. Die Totenkammer ist am unsichersten; wer tot ist, kann am ehesten ruhig noch einmal erschossen werden.

Wer abtransportiert werden muß, wird, wenn er lebt, von hier durch die Sanitätskompagnie in Pferdewagen, alten Stellwagen ähnlich, davongefahren; wer nicht mehr lebt, den holt der Leichenkutscher nächtens ins Gräberfeld nach Fournes.

Bis zum vordersten Graben sind neunhundert Meter zurückzulegen — erst über freies Feld, dann möglichst bald in Gräben, weil der Engländer alles abschießt, was sich herabbewegt. Zeitweise, Tage hindurch ist das flache Gelände unablässig überstrichen von Gewehrgeschossen wie von pfeilschnellen Hummeln. Die Träger schleppen tags und besonders nachts durch den zähen Lehm ihre Lasten. Und es reißt eigentlich nie ab, es tröpfelt weiter, es tröpfelt weg —: ein Soldat nach dem anderen und mehr an solchen, die in die Erde als die später in das Bett eines Lazaretts gelegt werden. Fast immer knallt es da vorn, wenn auch kein „Angriff" ist; die klatschenden Peitschenhiebe fallen von einer Stunde in die andere, man hört sie schon nicht mehr — und immer wieder zieht einer dabei das schwarze Los.

Der Telephonist pflegt herbeizurennen vom Regimentsunterstand, der weiter hinten liegt und trotzdem nur selten vom Kommandeur bezogen wird. Der Oberst bleibt in Fournes, dort ist es geradezu herrschaftlich, dort gibt es ja noch Villen, die kaum einen Schuß bekommen haben, und Kasinoräume mit Teppichen, gedeckten Tischen und Polstermöbeln, von den feinen Betten ganz zu schweigen. Dort hocken auch die maschinenschreibenden eingebildeten Kompaniefeldwebel und tun ihren aufgeblasenen Kanzleidienst — kaum anders als ehemals in der Kaserne zu Hause.

Die Sanität aber weilt hier vorne, mehr als eine Wegstunde ist es bis zu den Kanzleipalästen — und andere sind noch weiter vorn: sie, die ständig im Arm des Todes liegen. Doch da braucht der Kommandeur nicht mitzuhalten, er hat ja seine Meldegänger und Telephonisten.

Ein solcher kommt also zu den Sanitätern gerannt und bringt Nachrichten. Sie wissen immer schon genug, wenn er nur auftaucht, stolpernd über die finsteren Stufen hinuntertaucht ins Kellerloch: „Abschnitt IA zwei Tote, Abschnitt IID ein Schwerverletzter. Drei Tragbahren müssen hinaus."

Drei Tragen, das heißt zwölf Mann; an jeder Trage vier. Ist es hell, so muß man auf noch mehr Hummeln gefaßt sein, als wenn es finster ist. Ist es finster und regnet es, so wankt man in das pure Nichts. Gut, daß viele Bauern unter der Mannschaft sind, Leute vom Lande; sie wittern die Richtung. Man tappt vorwärts, fällt ratlos in Gräben, in Granatlöcher, steht auf, tappt weiter, zäh überzogen vom nassen Lehm, eiskalt und klebrig durchweicht.

(Fortsetzung folgt.)

„Bedienung" in den Bädern!

Eine soziale Betrachtung über die 10 Prozent.

Nach altem Brauch kommen in den Seebädern zu der Miete, die man für seine „Sommerwohnung" zu bezahlen hat, noch 10 Proz. Bedienung, wenn man sich nicht alles selbst macht oder durch das mitgebrachte eigene Hausmädchen machen läßt. Wie gewiß so viele war ich bisher der Meinung, daß diese 10 Proz. Bedienung ähnlich wie beim Kellner nun auch tatsächlich grundsätzlich ganz der „Bedienung" zufallen, bin aber dieses Jahr eines Besseren belehrt worden. Und das kam so.

Als ich auch dem Seebade abreisen wollte, auch schon prompt meine Miete nebst 10 Proz. Bedienungsaufschlag bezahlt hatte, meinte meine Hauswirtin wie so nebenbei etwas schüchtern: „Meine Herrschaften geben gewöhnlich noch bei der Abreise dem Bedienungsmädchen ein kleines Trinkgeld!" Das machte mich stutzig. Ich beschloß, der Sache auf den Grund zu gehen. Als inzwischen die Wirtin verschwunden war, fragte ich ein wenig das Mädchen aus. Und da mußte ich zu meinem Erstaunen hören, daß so ein Mädchen rein gar nichts mit dem Bedienungsgeld zu tun hat. Unser Mädchen bekam 50 M. monatlichen Festlohn und freie Unterkunft in einer kleinen Dachkammer, die auf keinen Fall an Badegäste zu vermieten ging, sowie freie Verpflegung. Wir rechneten nun schnell die Miete zusammen, die wir 10 Familien, die das Mädchen zu bedienen hatte, und siehe da, wir kamen zu dem Resultat, daß die Wirtin von diesen 10 Mietern im Monat Juli allein rund 2500 M. an Miete einnimmt, für Bedienung dazu noch 250 M. extra. Dabei rührte die Wirtin nicht einen Finger zur Bedienung, sondern überließ dies voll und ganz dem für die Saison gemieteten Hausmädchen. Dies erhielt dafür 50 M. Monatslohn und verursachte allerhöchstens seiner Wirtin monatlich 50 M. bare Unkosten für Verpflegung und Unterkunft. So hatte die Wirtin für Juli allein aus dem 10prozentigen Bedienungsaufschlag einen Nutzen von 150 M. Aber diejenige, die alles machte und den ganzen Tag keine Ruhe hatte, verdiente nur 100 M. im Monat. Wie ich mich erkundigte, hatte der Juni etwa 1700 M. Monatsmiete gebracht, also der Wirtin einen Bedienungsüberschuß von „nur" 70 M. Für den August war alles schon wieder „mit Bedienung" vermietet. So kann die Wirtin wieder mit gutem Gewissen 150 M. Bedienungsüberschuß einheimsen. Sie wird gewiß lächeln, wenn sie Ende August zusammenrechnet, daß sie durch den Kniff mit 10 Proz. Bedienung ohne Fingerrühren 370 M. extra verdient hat. Das Mädchen aber, das alle Bedienungsarbeit gemacht hat, hat in den drei Monaten nur 300 M., allerdings aber ehrlich, verdient. Muß es da nicht unzufrieden werden, wenn es sieht, wie die Wirtin sich noch auf seine Kosten bereichert?

Wie man weiß, gehen die Mädchen nur zu gern in die Badeorte zur Bedienung, um „die Welt auf billige Weise kennenzulernen". O, sie lernen sie auf teure Weise kennen und werden nur ausgenutzt. Das Angebot ist so groß, daß sehr viele Mädchen — ein Tarif besteht nicht — froh sind, wenn sie nur ein paar Mark verdienen. Sie wollen ja billig die Fremde kennenlernen — auch wenn dieser Drang in die Ferne weidlich zu ihrem Nachteil ausgenutzt wird. Wer löst diese soziale Frage des Badelebens?

Freidenkertreffen Berlin-Brandenburg.

Kulturarbeit in den ländlichen Bezirken.

Seit Frankfurt den kommunistischen Einfluß der drei Monate dem Verbande angehörenden Führern der „Opposition" die Tür gewiesen, belebt sich die Aufbauarbeit, die ausnahmslos heute unsere Parteigenossen im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung leisten. Die internationale Arbeiterschaft blickt mit großem Interesse auf die Weiterentwicklung im Freidenkerverband; hier, wo die Kommunisten sicher wähnten, einen 600 000 Mitglieder starken Verband mit einem Verbandsvermögen von 2½ Millionen Mark (Ende 1928) Moskauer Zwecken dienstbar zu machen, haben unsere Parteigenossen in einmütiger Abwehrfront neben ihren sonstigen vielen Ehrenfunktionen die deutsche Freidenkerbewegung gerettet, den Gemeinschaftsgedanken tiefer gesenkt und neue Massen dem „Schmorverein" — wie unsere linken Freunde den Verband jetzt nennen — zugeführt.

Es war ein glücklicher Gedanke der Bezirks- und Verbandsinstanzen, den Berliner Genossen Gelegenheit zu geben, in einem Treffen mit dem Brandenburger Bezirk die Zweckbestimmung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung in die ländlichen Bevölkerungskreise hineinzutragen. In Kirchmöser bei Brandenburg waren die Mitglieder beisammen, um Zeugnis abzulegen von dem Menschheitswert des kulturpolitischen Ringens der Freidenker. Im Auftrage des Zentralvorstandes begrüßte Genosse Willi Peters-Berlin die im „Seegarten" versammelten Mitglieder und Freunde; sein Dank richtete sich an die zahlreich erschienenen Angehörigen, besonders an die Frauen unserer Genossen, ohne deren Mitarbeit die Verbandsarbeit nicht wirkungsvoll entfaltet werden kann. In dem Bestreben, die Aufgaben und Ziele des Verbandes in die Köpfe der Unwissenden hineinzutragen, ist die Frau ein nicht zu entbehrender Faktor. Wenn es das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei ist, der politischen Befreiung den Weg geebnet zu haben, so haben wir Freidenker die Aufgabe, die geistige und kulturelle Befreiung aller werteschaffenden Menschen in die Hand zu nehmen. Umrissen wurden diese Ziele durch Lenzen-Berlin, der in eingehender Weise den Kampf der Freidenker aufzeigte. Schneider-Luckenwalde überbringt Grüße seines Agitationsbezirks. Sekretär Ollenburg-Brandenburg dankt für die Mühe des Erscheinens und verspricht, weiterhin den Beweis zu erbringen, daß auch auf dem Lande und in den Kleinstädten ein erfolgreiches Arbeiten freidenkerischer Tätigkeit gesichert ist. Rezitationen der Genossin Lasch aus „Chorus der Menschheit" beendeten den offiziellen Teil. „Unser das Leben und unser das Land", war der Kampfspruch der Rednerin, der durch das Mikrophon bis auf die Mitte des Plauer Sees vernehmbar, starken Widerhall bei allen Teilnehmern fand.

Französische Luftfahrer in Berlin.

Das aus elf bedeutenden Vertretern der französischen Luftfahrt bestehende Propagandakomitee, das zur Zeit die europäischen Luftverkehrsverhältnisse studiert und in der vorigen Woche bei den Segelfliegern in der Rhön weilte, ist in Berlin eingetroffen. Montag vormittag wurden durch das Komitee die Werkstätten der Deutschen Lufthansa in Staaken und anschließend die Deutsche Verkehrsfliegerschule besichtigt. Nach einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium besuchen die Vertreter der französischen Luftfahrt heute den Berliner Zentralflughafen Tempelhof. Anschließend begeben sie sich mit den planmäßigen Verkehrsflugzeugen der Deutschen Lufthansa nach Hamburg.

Die Stadtbahn holt auf.

Im Monat Juni wurden auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen 39 339 928 Personen befördert. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, der eine Beförderungsziffer von 33 900 885 Personen aufwies, ist eine Steigerung von 16 Proz. eingetreten, die — abgesehen von dem günstigen Sonntagswetter — im wesentlichen der Elektrisierung und der damit verbundenen Verkehrsbeschleunigung zu danken ist.

Im Streit niedergestochen.

Gestern abend spielte sich vor dem Hause Sophie-Charlotte-Straße 108 in Charlottenburg ein blutiger Streit ab. Der 36jährige wohnungslose Leo Müller war in einem Restaurant mit dem 33jähriger Schuhmacher Paul Döhring aus der Rehringstraße in Streit geraten, der auf der Straße seine Fortsetzung fand. Es kam zu Tätlichkeiten, und plötzlich zog Müller ein Messer hervor und stach auf Döhring ein. Von vier Stichen in den Kopf getroffen, brach D. zusammen. Er mußte in das Westendkrankenhaus gebracht werden. Der Messerheld konnte von der Polizei festgenommen werden.

„Königlich Fachingen." Die unter dieser Spitzmarke erschienene Notiz, die auf Zuschriften aus Leserkreisen hinweist, nach denen sich an der Wieland-Drogerie am Kurfürstendamm ein 5 Meter langes Schild mit der Aufschrift „Königlich Fachingen" befindet, hat begreiflicherweise die Verärgerung des Besitzers hervorgerufen. Er sendet ein vier Seiten langes Schreiben, in dem er versichert, daß die gerügten Mißstände — von denen sich übrigens unser Berichterstatter persönlich überzeugte — keine politische Propaganda darstellen sollten. Der Inhaber bezeichnet sich selbst als Demokrat; um so weniger verstehen wir aber seine demokratische und auch geschäftliche Einstellung, die ihn hätte veranlassen müssen, schon längst die Schilder zu entfernen, um den gerügten Anstoß bei den Passanten zu vermeiden. Weil Herr S. Wert auf diese Richtigstellung legt, daß es sich bei Fachingen um ein 25 Jahre altes Firmenschild handelt und sich die schwarzweißroten Fähnchen auf den Glasschildern angeblich nicht entfernen ließen, wollen wir auch dies zur Kenntnis unserer Leser bringen.

Die Schlacht im Zuchthaus.

Nach der Meuterei der Strafgefangenen von Auburn.

Rochester (New York), 29. Juli.

Wie jetzt bekannt wird, haben sich 1766 Sträflinge an der Meuterei im Zuchthaus von Auburn beteiligt. Es sind über 30 Sträflinge verwundet worden.

40 mit lebenslänglichem Zuchthaus Bestrafte verteidigten mit drei Maschinengewehren die Werkstätten. Früh morgens wurde die Ordnung wiederhergestellt, doch waren die Maschinengewehre unauffindbar. Die Feuerwehr wurde bei ihrer Arbeit stark behindert, weil von mit den Sträflingen sympathisierenden Elementen die Schläuche zerschnitten wurden.

Während der ersten Stunden der Meuterei bemächtigte sich der Einwohner von Auburn eine Panik, viele Familien machten sich zur Flucht im Auto bereit.

Der Staatskommissar für Gefängniswesen erklärt, er habe schon lange einen Ausbruch befürchtet, da die Gefängnisse, infolge der mit der Zunahme der Verbrechen verhängten höheren Gefängnisstrafen, die Sträflinge zur Verzweiflung treiben, zumal die Unterkünfte ungenügend seien.

Haftbefehl gegen Tscherwonzenfälscher.

Wie erinnerlich, war durch Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I der Haftbefehl gegen den seit länger als einem Jahre in der Affäre der Fälschung von Tscherwonzen (Sowjetrubel) in Untersuchungshaft befindliche Georgier Sadathieraschwili aufgehoben worden. Der Angeklagte, der sich als einziger von den in der Fälschungsaffäre verwickelten Persönlichkeiten noch in Haft befunden hatte, war nach seiner Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis mit Rücksicht auf das schwebende Auslieferungsverfahren in Polizeigewahrsam genommen worden. Gegen den Beschluß der Strafkammer hatte die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Das Kammergericht hat nunmehr den Beschluß des Landgerichts aufgehoben und den Haftbefehl, den das Amtsgericht Berlin-Mitte seiner Zeit erlassen hatte, bestätigt, jedoch mit der Maßgabe, daß Sadathieraschwili von der ferneren Haft gegen Hinterlegung einer Kaution von 5000 Mk. verschont bleiben soll.

Fischsterben in der Berliner Spree.

Passanten, die kürzlich die Spree am Reichstagsufer passierten, sahen unzählige tote Fische auf der Oberfläche des Wassers schwimmen. Bei der großen Zahl industrieller Anlagen, die ihre Abwässer in die Spree leiten, ist es natürlich schwer festzustellen, worin die Ursache des großen Fischsterbens zu suchen ist.

Das Fischesterben ist eine Erscheinung, die sich nach schweren Regenfällen zum öfteren wiederholt. Der Mangel an Sauerstoff treibt dann die Fische an die Oberfläche; auch das Auftreten großer Wassermassen aus den Notauslässen des Kanalnetzes nach Regenfällen bringt viel Unrat in das Wasser, der die Kiemen der Fische verletzt. Die Fische werden vom Wasserbauamt abgesammelt und vernichtet.

Ein bestätigtes Todesurteil.

Der Ferienstraffenat des Reichsgerichts verwarf die Revision des polnischen Staatsangehörigen Klymek, der am 2. Mai 1929 vom Schwurgericht Landsberg (Warthe) wegen des im Juni 1922 begangenen Raubmordes an dem Bankboten Essig zum Tode verurteilt worden war. An einer Begnadigung des Verurteilten durch die preußische Staatsregierung ist nicht zu zweifeln.

„Die Tragödie einer Mutter". Am Sonntag berichteten wir über die Verzweiflungstat der 26jährigen Frau eines Postbeamten O. Sie betäubte ihr Töchterchen durch Gas und beging dann Selbstmord. Ein Verwandter bittet uns, mitzuteilen, daß nicht das zweijährige, sondern das siebenjährige Töchterchen mit der Mutter in der Küche weilte, in der sich das traurige Ereignis abspielte. Auch trieben nicht Nahrungssorgen, sondern der Kummer über den Verlust einer geringen Geldsumme, durch den ihr Mann dienstliche Unannehmlichkeiten hätte haben können, die Frau zu ihrer Verzweiflungstat.

Flugzeugzusammenstoß in England.

Alle drei Insassen tot.

London, 29. Juli.

In der Nähe von Kingsbury stießen Montagnachmittag zwei Klein-Moth-Flugzeuge in der Luft zusammen und stürzten ab. Die drei Insassen wurden getötet. Eine der beiden Maschinen fing beim Absturz Feuer und kam als brennende Masse zur Erde.

Bei Bakkarat und Rommé.

Die vergnügten Spielabende im Klub.

Das Große Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Toelke beschäftigte sich am Montag mit den Bakkaratabend, die im vorigen Jahre im Klub „Bühne und Film" jeden Donnerstag und Sonnabend abgehalten worden waren. Wegen gewohnheitsmäßiger Veranstaltung von Glücksspielen in einer geschlossenen Gesellschaft waren angeklagt: der ehemalige Klubleiter Dr. Heinz Gordon und die Angestellten des Klubs Wolfheim als Spielleiter und Liesegang als Croupier.

Im Juni vorigen Jahres war Kriminalkommissar Greiner mit Beamten des Spieldezernats in die Klubräume eingedrungen und hatten eine zahlreiche Gesellschaft beim Bakkarat und Rommé betroffen. Das Spielgerät in Gestalt des Bakkaratschlittens und Schalen für die Chips wurden beschlagnahmt und lagen jetzt auf dem Gerichtstisch. Der Angeklagte Dr. Heinz Gordon bestritt, sich der Veranstaltung gewohnheitsmäßiger Glücksspiele schuldig gemacht zu haben. Die Verantwortung trage der Vorstand. Dieser habe, nachdem die Polizeiaktion gegen das Ekarté-Soiree eingesetzt hatte, grundsätzlich dieses Glücksspiel verboten gehabt. Als die Geschäfte des Klubs schlecht gingen, habe er dem Vorstand empfohlen, an zwei Tagen spielen zu lassen. Er habe vorher mit Polizeivizepräsident Dr. Weiß gesprochen gehabt und dieser habe ihm mehrfach erklärt, daß ein gelegentliches Spiel im geschlossenen Kreise nicht zu beanstanden wäre. Er, der Angeklagte, habe keine Vorteile von dem Spiel gehabt, denn er habe seine 1500 M. monatlich, die er schon vorher bezogen hatte, auch nach dem Aufhören des Spiels seit dem Eingreifen der Polizei weiterbezogen und sei erst am 1. Januar d. J. freiwillig zurückgetreten. Als Zeugen waren verschiedene Mitglieder von „Bühne und Film", darunter der Schauspieler Paul Heidemann geladen. Auf ihre Vernehmung wurde aber verzichtet. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dr. Gordon, den er als Manager bezeichnete, 1000 M. Geldstrafe, gegen die beiden anderen Angeklagten 200 bzw. 50 M. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Sack führte aus, daß er als jahrelanges Mitglied von „Bühne und Film" nur bestätigen könne, daß Gordon immer streng besorgt war, die gesellschaftlichen Formen im Klub zu wahren. Verschiedentlich habe er, wie andere Mitglieder, ihm vorgehalten, „wir sind doch nicht in der Kirche!" Der Klub diene zur Erholung von Künstlern und sei kein Sammelpunkt für Spieler. Der zweite Verteidiger, Dr. Becker, betonte, daß es ein Spiel des Zufalles sei, daß die Polizei gegen „Bühne und Film" vorgegangen sei, während in gewissen anderen Klubs unter ihren Augen täglich mit sehr hohen Einsätzen weitergespielt werde. Nach längerer Beratung erklärte das Gericht den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig, gewohnheitsmäßig Glücksspiele veranstaltet zu haben. Es wurden verurteilt Dr. Gordon zu 500 M. Geldstrafe, Wolfsheim zu 200 M. und Liesegang zu 50 M. Geldstrafe. Im Urteil erkannte das Gericht an, daß Gordon sich vorher bei der Polizei erkundigt hatte. Wenn die ihm gewordene Auskunft auch rechtlich nicht zu beanstanden sei, so hätte sie besser unterbleiben sollen. Es sei aber nicht nur gelegentlich gespielt worden, sondern regelmäßig. Wie wir hören, wird gegen das Urteil Berufung eingelegt werden.

Raubüberfall auf ein Wettbureau.

Zwei junge Burschen, die vor einiger Zeit mit ausreichenden Geldmitteln nach Berlin gekommen waren, hatten ihren Besitz bei Rennwetten verloren und beschlossen nun, das Defizit durch einen Raubüberfall auf ein Wettbureau wieder auszugleichen. Sie hatten eine Gelegenheit in der Neanderstraße ausgekundschaftet und wollten gestern abwarten, bis der Geschäftsmann seine Kunden abgefertigt habe und die Kassenabrechnung vornehme. Von ihrem Plane hatten sie aber in einem Lokal erzählt, und so kam es auch der Kriminalpolizei zu Ohren. Beamte der Fahndungsstreife H beobachteten das Wettbureau. Zufällig war gestern dort aber ein schwaches Geschäft, so daß der Inhaber sich veranlaßt sah, seinen Laden nicht wie sonst bis 8 Uhr offen zu halten, sondern ihn schon eine halbe Stunde früher schloß. Trotzdem versuchten die Burschen, von der Hintertür aus einzudringen. Sie wurden festgenommen und wegen versuchten Raubes der Dienststelle A 5 des Polizeipräsidiums zugeführt. Es sind ein Josef N. und ein Karl St., beide aus der Provinz. Sie geben den geplanten Raub zu.

Todesopfer des Fußballsports.

Wien, 29. Juli.

Der Fußballsport forderte am Sonntag zwei Todesopfer. In Gänserndorf brach plötzlich der Flügelstürmer des Vereins Postgewerkschaft-Wien ohne erkennbare Ursache zusammen. Er erholte sich anscheinend bald, fiel aber bei Wiederbetreten des Sportplatzes erneut in Ohnmacht und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. — Bei einem Wettspiel im Vorort Mödling zog sich ein Mitglied des Fußballklubs Sparta 12 bei einem Zusammenstoß mit seinem Gegenspieler einen Nierenriß zu, an dessen Folgen er noch am selben Tage verschied.

„Rund um die kühle Blonde." Ein Parteigenosse schreibt uns: Mit großem Interesse habe ich den Artikel unter dieser Spitzmarke in der Sonntagsausgabe gelesen. Hierzu möchte ich nur noch eine kurze Mitteilung machen: In dem über 350 Jahre stehenden Gebäude des Grundstücks Alt-Stralau 22 befindet sich ebenfalls eine Weißbierstube, in der man unser alkoholarmes und erfrischendes Berliner Getränk genießen kann. Der Wirt ist Parteigenosse, und das Lokal ist mit historischen Erinnerungszeichen geschmückt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdruck verboten.) Anfangs trübe mit Regenfällen, später vorwiegend wolkig, wenig Temperaturveränderung. — **Für Deutschland:** Im Mittel-, Süd- und Südostdeutschland vielfach regnerisch. Im Nordosten ziemlich heiter und trocken. Im Westen wolkig bis heiter, vereinzelt Regenschauer.

Kameelitergeist
AMOL hilft bei Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Erkältungsschmerzen. In Apotheken u. Drogerien erhältl.

Wie China um Freiheit ringt.

Die Umstellung der imperialistischen Großmächtepolitik.

Der russisch-chinesische Konflikt um die Ostchinabahn ist sicherlich ein Kapitel für sich. Er kann aber nicht aus dem Zusammenhang des großen Buches gerissen werden, dessen Titel lautet: „Chinas Erwachen und Emanzipation". Die Gesamtentwicklung in China steht heute im Zeichen der Umstellung der imperialistischen Politik der Auslandsmächte. Die alten primitiven militärpolitischen Methoden haben vollständig versagt. Es geht einfach nicht weiter mit der Politik der einseitigen „Verträge", der Diktate und Kanonen. Auch das Spiel der Großmächte, den Bürgerkrieg in China zu verewigen, ist fehlgeschlagen. Die Auslandsmächte stehen vor einem geeinigten China, das jeder Bevormundung müde ist und sich bemüht, mit allen Kräften aus einem Objekt ein Subjekt der Weltpolitik zu werden.

Kapitalismus schlägt den militärischen Imperialismus.

Die gewaltige Wirtschaftsrevolution, die durch das Eindringen des europäischen und amerikanischen Imperialismus in China veranlaßt wurde, hat die traditionelle „asiatische Produktionsweise" zersetzt und dadurch eine gewaltige soziale Umschichtung hervorgerufen. Damit wurden auch die sozialökonomischen Voraussetzungen für den Emanzipationskampf des chinesischen Volkes gegen das imperialistische Joch geschaffen. Dieser Emanzipationskampf zwang zu einer neuen Tagesordnung im Osten: zur Umstellung der imperialistischen Politik der Großmächte.

England, das sich unter der konservativen Regierung den Haß des gesamten chinesischen Volkes zugezogen hatte, mußte in der allerletzten Zeit seine urimperialistische Gewaltpolitik aufzugeben und neue Wege der Verständigungspolitik einzuschlagen. Auch Japan, das in den Weltkriegsjahren aus China einen Vasallenstaat zu machen suchte (21 Bedingungen!) und noch jetzt die stärksten Machtpositionen auf dem chinesischen Festlande besitzt, wird Schritt für Schritt genötigt, seine Chinapolitik umzustellen. Der jüngste Regierungswechsel in Japan steht gleichfalls zum gewissen Teil in direkter Verbindung mit dieser notwendig gewordenen Umstellung.

Die Umstellung der Politik der Auslandsmächte in China ist in erster Linie auf die Kräfteverschiebungen infolge des Weltkrieges sowie auf den Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung in China zurückzuführen.

Der Anfang wurde auf der Washingtoner Konferenz 1921/22 gemacht.

Durch den Neun-Mächte-Vertrag verpflichteten sich die beteiligten Staaten „die Souveränität, die Unabhängigkeit sowie die territoriale und administrative Unversehrtheit Chinas zu respektieren". Uneinigkeit und Konkurrenz der Großmächte selbst, sowie die objektive Unhaltbarkeit ihrer bisherigen, geschichtlich überholten Ausbeutungsmethoden waren die Ursache dieser Bindungen. Der Wettkampf zwischen den Vereinigten Staaten und Japan um die Hegemonie auf dem Pazifischen Ozean kam China besonders zugute. Aber die Washingtoner Versprechungen, die auch die akute Frage der Zollautonomie umfaßten, blieben meistens auf dem Papier, denn hinter ihnen stand damals keine innerpolitische Kraft des chinesischen Volkes selbst. Erst der gewaltige Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung nach den Maimetzeleien in Schanghai 1925, erst das Auftreten des chinesischen Proletariats und zum Teil der Bauernschaft auf der politischen Arena, haben die Gesamtsituation von Grund auf geändert.

China heute noch zu Kompromissen gezwungen.

Das Jahr 1928, als der Bürgerkrieg zu Ende gebracht wurde, bildete den Wendepunkt. Die durch die Bolschewisten vorsätzlich beschleunigte und durch die chinesische Bourgeoisie geschickt ausgenutzte vorzeitige Spaltung der nationalrevolutionären Einheitsfront, mit der Ausschaltung der Arbeiterklasse verbunden, hat sicher die Stellung des neuen China auch nach außen beträchtlich geschwächt. Diesem Umstande ist zu einem gewissen Grade auch der Kompromißcharakter der außenpolitischen Errungenschaften der nationalrevolutionären Rumpfregierung zuzuschreiben.

Aber die Nachgiebigkeit der Nankingregierung den Auslandsmächten gegenüber ist in großem Maße auch dadurch erklärlich, daß gerade jetzt, nach der nationalen Konsolidierung Chinas, enorme Kapitalien für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau notwendig sind, die nur aus dem Auslande und in erster Linie aus Amerika zuzuführen sind, da von Kapitalbildung in China selbst dank seiner ökonomischen Rückständigkeit und den verheerenden Folgen des Bürgerkrieges noch keine Rede sein kann. Daher überwiegt der Kompromißcharakter der begonnenen Revision der „ungleichen Verträge", des Zolltarifabkommens usw. Daher gleichfalls die Abkehr Chinas von Sowjetrußland und seine Neuorientierung nach den kapitalistischen Staaten.

Die alten „ungleichen Verträge", die meistens aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammen, wurden in den letzten zwei bis drei Jahren einseitig von der Nankingregierung zum Teil vorzeitig gekündigt, zum Teil einfach für ungültig erklärt. Bekanntlich haben bereits Chile 1915, Bolivien 1919, Persien 1920, Deutschland 1921 und Sowjetrußland 1924 auf die Konsulargerichtsbarkeit verzichtet. Um die nicht verzichtenden „Vertragsmächte" ebenfalls zu zwingen, hat der chinesische Außenminister Dr. Wang überall da, wo die zehnjährige Revisionsfrist der Verträge (mit Dänemark von 1863, mit Spanien von 1864, mit Belgien und Italien von 1861, mit Frankreich von 1886, 1887, 1895, mit Portugal von 1887, mit Japan von 1896 und 1903) abgelaufen war, die Verträge einfach für erloschen erklärt.

Die Stellung der Nankingregierung bei dieser Revisionsoffensive war dadurch begünstigt, daß zwei Großmächte, nämlich Deutschland und die Vereinigten Staaten, neue Zollverträge mit China (vom 25. Juli und vom 17. September 1928) abgeschlossen hatten, durch welche die Zollautonomie Chinas grundsätzlich anerkannt wurde. Diese beiden Verträge hatten eine bahnbrechende Wirkung. Am 12. November 1928 folgte der Vertrag mit Norwegen, am 22. November mit Belgien, am 27. November mit Italien, am 19. Dezember mit Holland, Portugal und England, am 20. Dezember mit Frankreich und der Schweiz. Nur Japan zögerte, aber vergebens.

Der revidierte Zolltarif sieht Zölle von 7½ bis 27½ Proz. in sieben Stufen vor und ist seit 1. Februar dieses Jahres in Kraft getreten. China ist sicherlich noch sehr weit von einer wirklichen Zollautonomie entfernt, aber das heute Erreichte ist trotzdem ein großer Fortschritt und eine finanzielle Erleichterung für China. Auch die heikle Frage der Konsulargerichtsbarkeit ist in den revidierten Verträgen nur kompromißweise gelöst und stark verklausuliert, d. h. von einer Reihe Vorbedingungen abhängig gemacht. Von grundsätzlichem Charakter ist eine Bestimmung in dem Annex 4 des belgischen Mustervertrags, wonach die Belgier das Recht erhielten, in allen Teilen Chinas „zu leben, Handel zu treiben und Grundeigentum zu erwerben". Der Vertrag mit England ist dagegen nur ein Zollvertrag. Von Bedeutung ist allerdings die Gleichstellung der britischen und der chinesischen Bürger in bezug auf die Höhe der Ein- und Ausfuhrzölle und die Einräumung des gegenseitigen Meistbegünstigungsrechts.

Die Abschaffung der Konzessionen.

Auch die akute Frage der Abschaffung der am meisten verhaßten Fremdenniederlassungen (Konzessionen) nähert sich allmählich ihrer Lösung. Nach etwa zweijährigen Verhandlungen ist in diesen Tagen eine Einigung über die Rückgabe der belgischen Konzession von Tientsin erzielt worden. Die Rückgabe dieser Konzession wurde den Chinesen seinerzeit von Vandervelde angeboten. Auch mit Frankreich sind Unterredungen im Gange, wobei die Chinesen die Rückgabe der konzessionierten Jünan-Eisenbahn, die Rückziehung der Französischen Bank aus Jünan, die Rückgabe der Minenkonzession usw. fordert. Die Räumung Schantungs durch Japan wurde im Abkommen vom 28. März dieses Jahres festgelegt. Auch die Unterhandlungen über die Revision des im Jahre 1927 gekündigten Handelsvertrages mit Japan werden fortgesetzt, obwohl Japan gegen die einseitige Kündigung des alten Vertrages durch China scharfen Protest erhoben hat.

Alles in allem — eine allumfassende, wenn auch etappenweise Umstellung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Auslandsmächten und dem neuen China auf der Grundlage gegenseitiger Kompromisse. Diese Umstellung bedeutet sicherlich kein Aufhören der imperialistischen Politik in China. Aber die letztere wird nunmehr auf die sozusagen „normalen" handelspolitischen Gleise übergeführt und einen Verzicht auf die militärisch-politischen Mittel und Eroberungspläne mit sich bringen.

Die Kanonendiplomatie macht der Dollardiplomatie Platz.

Der bewaffnete Wettbewerb der Auslandsmächte um die „Einflußsphären" und Pachtgebiete wird durch den friedlichen Wettbewerb um die finanzielle „Befruchtung" Chinas und um den Anteil an seinem wirtschaftlichen Aufbau und Handel abgelöst. Auch dieser „ökonomische Imperialismus" birgt Konflikt- und Kriegsgefahren in sich. Trotzdem bedeutet er im Vergleich zu dem militärpolitischen Imperialismus einen Schritt vorwärts, der auch friedlichere Perspektiven im fernen Osten eröffnet.

Unter größeren Gesichtspunkten entscheidend ist, daß die nationale Konsolidierung Chinas unaufhaltsam marschiert. Das bürgerlich konsolidierte China wird bald als gleichberechtigtes Glied in das Gewebe der kapitalistischen Weltwirtschaft verflochten werden. Damit werden dem Kapitalismus noch gewaltige Reserven zugeführt. Aber auch dem Sozialismus werden damit neue gewaltige Antriebskräfte erschlossen.

P. G.

Der Textilkampf in England.

Generalangriff der Unternehmer auf den Lohnstandard.

Seit der Beendigung des großen Bergarbeiterstreiks Ende November 1926 ist England von größeren Arbeitskämpfen fast gänzlich verschont geblieben. Diese Tatsache, deren sich auch das vergangene Kabinett Baldwin rühmte, ist allerdings weniger auf günstige Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der britischen Arbeiterschaft zurückzuführen, als vielmehr auf den Druck, der seit zehn Jahren auf den werktätigen Massen Englands schwer lastenden Arbeitslosigkeit.

Trotz der äußerlichen Ruhe haben sich so in den letzten drei Jahren in verschiedenen großen Industrien Englands schwere Konfliktsstoffe angehäuft. Am schärfsten hat sich die Lage in der englischen Baumwollindustrie zugespitzt, deren Unternehmer

seit 1927 mit größter Aktivität Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit durchzudrücken versuchen,

um auf diese Art der Textilkrise in England beizukommen. Im Sommer 1928 scheiterte der Versuch einer allgemeinen Lohnkürzung für die Spinner und Weber daran, daß sich im Unternehmerlager selbst nicht die notwendige Mehrheit von 80 Prozent zusammenfand, da es im vorigen Jahre den Feinspinnereien, die ausschließlich ägyptische Baumwolle verarbeiten, noch verhältnismäßig gut ging. In ihrer letzten Sitzung haben aber die englischen Textilunternehmer mit der überwältigenden Mehrheit von fast 95 Proz. aller abgegebenen Stimmen die Herabsetzung der zurzeit geltenden Löhne um 12½ Proz. mit Wirkung vom 3. August ab beschlossen.

Da der gegenwärtige durchschnittliche Wochenlohn des männlichen Arbeiters 47 Schilling beträgt, so würde dies eine Kürzung um 6 Schilling in der Woche bedeuten. Bei den Arbeiterinnen würde die Kürzung fast vier Schilling in der Woche ausmachen.

Da die Kaufkraft der englischen Textilarbeiter durch die jahrelange Krise in der englischen Baumwollindustrie schon stark gelitten hat, so bedeutet dieses rigorose Vorgehen der Fabrikanten trotz der großen Exportbedeutung der Textilindustrie eine weitere schwere Schädigung der Massenkaufkraft, deren Wirkung für das gesamte englische Wirtschaftsleben fühlbar werden dürfte.

Die Organisationen der englischen Spinnerei- und Webereiarbeiter haben die Forderung der Unternehmer abgelehnt, so daß sich seit Montag mehr als 500 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Kampfe befinden, dessen Folgen für das ganze britische Wirtschaftsleben noch nicht abzusehen sind.

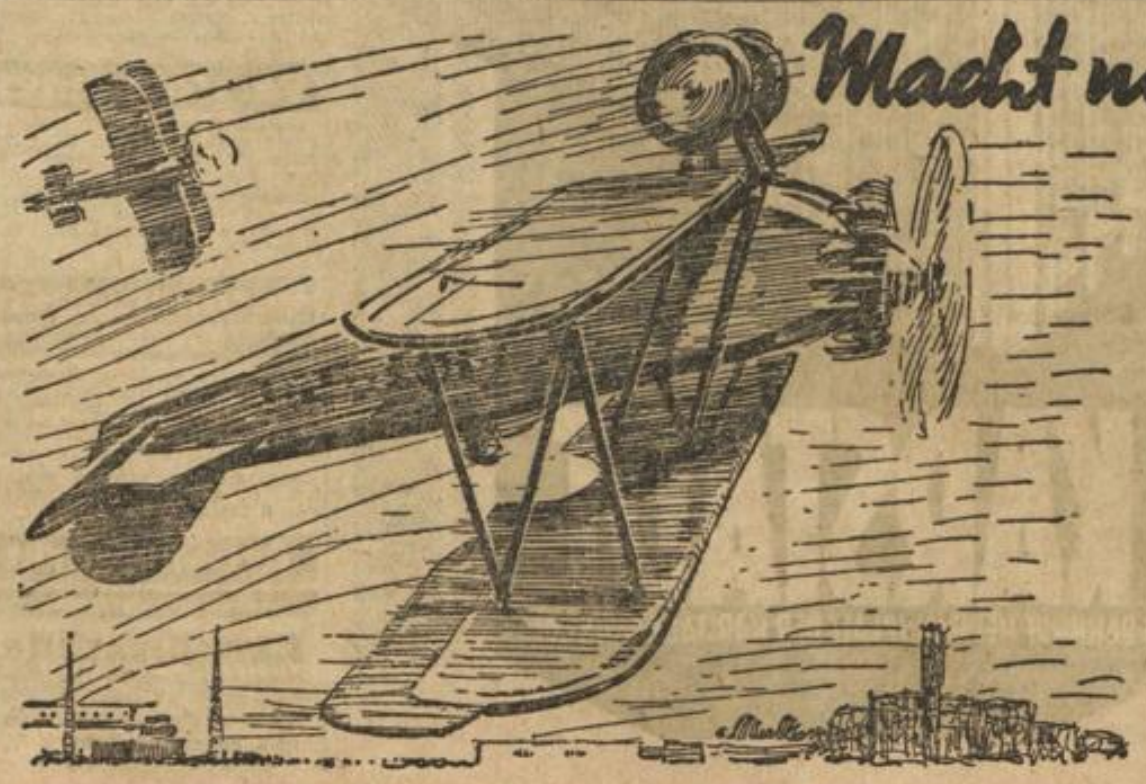
Die tieferen Gründe

der langjährigen englischen Textilkrise und damit auch dieses Arbeitskampfes gehen bis auf die großen Umwälzungen, die der Krieg und die Nachkriegsjahre in der Welt-Textilindustrie hervorriefen, zurück. Die Industrialisierung überseeischer Länder, der Kaufkraftausfall großer Absatzmärkte hat in sämtlichen auf Export angewiesenen Textilindustrien Europas und auch in der Baumwollindustrie der Vereinigten Staaten mehr oder minder scharfe Absatzstörungen hervorgerufen. In England mußten sich diese Verschiebungen um so schärfer auswirken, als die englische Baumwollindustrie in erster Linie die Absatzmärkte der asiatischen Länder Japan, China und Indien beherrschte, die heute aus politischen und wirtschaftlichen Gründen als Käufer weitgehend ausfallen. Seit 1913 ist die Ausfuhr nach Britisch-Indien um rund 50 Proz., nach Niederländisch-Indien gleichfalls um fast 50 Proz. zurückgegangen, während der Absatz nach Japan und China im letzten Jahr auf ein Sechstel des Vorkriegsstandes zusammengeschrumpft ist. Zu dieser zwangsläufigen Entwicklung infolge der Kriegsereignisse kam als weiterer schwerwiegender Faktor hinzu, daß die britischen Baumwollunternehmer dem ständigen

Niedergang ihrer Industrie seit 1922 tatenlos zugesehen haben.

Die enormen Kapitalien, die in der Scheinkonjunktur von 1920 in der Baumwollindustrie von Lancashire neu aufgenommen wurden, sind nicht zur Rationalisierung der Betriebe verwendet worden, so daß die seit Jahren nur zu fünfzig bis sechzig Prozent ausgenutzten Betriebe bei allen Absatzschwierigkeiten noch mit schweren Zinszahlungen infolge der Ueberkapitalisierung belastet waren.

Erst seit einem Jahre etwa ist eine Zusammenschlußbewegung im Gange, welche die fast chaotisch zu nennenden Zustände in der Produktion und im Verkauf der Baumwollbetriebe von Lancashire beseitigen soll. Mit dem Zusammenschluß von etwa 150 Betrieben



Macht nicht leicht einer nach!

In jahrelanger, zielbewußter Arbeit hat sich die Caid-Zigarette zu einer Vollkommenheit entwickelt, die in der Fünf-Pfennig-Preislage beispiellos ist. Erstaunlich, was Ihnen für diese geringe Ausgabe geboten wird!

5 PF. CAID 5 PF.

Massary Zigaretten

jetzt ausgeglichener und noch milder dazu berühmte Fahnenbilder!

in der sogenannten Lancashire Corporation versuchen die Unternehmer, der Produktion und der Verschuldung beizukommen. Diese Riesenfusion wird zwangsläufig von einer sehr scharfen Zusammenlegung des Kapitals begleitet sein, bei der die Gläubigerbanken um außerordentliche Zugeständnisse an der Verlustbeteiligung nicht herumkommen werden. Mit dem jetzt heraufbeschworenen Arbeitskampf versuchen die Unternehmer aber zunächst,

der Arbeiterschaft die Hauptlasten an dem Gesundungsprozeß

in Gestalt einer 12½prozentigen Lohnkürzung aufzubürden. Die Gewerkschaften haben die Forderungen der Fabrikanten mit dem sehr stichhaltigen Hinweis beantwortet, daß die beabsichtigte Lohnkürzung die Gesamtproduktionskosten nur um 2 bis 3 Proz. verbilligen, die Konkurrenzfähigkeit der britischen Ware also nicht entscheidend beeinflussen könnte. Vielmehr weisen die Gewerkschaften darauf hin, daß die überhöhten Produktionskosten in der britischen Baumwollindustrie in erster Linie durch die Preisdiktatur der scharf kartellierten chemischen Industrie, der Bleichereien, Färbereien und Druckereien, verursacht seien. Die Baumwollunternehmer sollten sich daher in erster Linie bemühen, die vom englischen Chemietrust diktierten Monopolpreise zu brechen. Ferner hätten die Unternehmer seit Jahren an ihrer rationalisierungsfeindlichen Einstellung festgehalten und auch die allerdringlichsten Umstellungen in den Betrieben unterlassen, so daß unter derartigen Umständen der Arbeiterschaft das einseitige Opfer einer scharfen Lohnsenkung unmöglich zugemutet werden könne.

Der deutschen Arbeiterschaft zeigt der Riesenkampf in England ein bekanntes Bild. Auch die englischen Unternehmer versuchen, wie es im August vorigen Jahres die westdeutschen Textilunternehmer taten, das Kostenproblem von der Lohnseite her zu lösen. Es liegt auf der Hand, daß mit derartigen brutalen und kurzsichtigen Mitteln die englische Textilkrise nicht beseitigt werden kann. Im Gegenteil würden sich die Absatzschwierigkeiten durch einen längeren Arbeitskampf und die damit verbundenen Kaufkraftverluste, die sich auf wöchentlich mindestens 20 Millionen Mark belaufen würden, noch bedeutend steigern. Bei der schroffen Haltung der Unternehmer ist allerdings kaum zu erwarten, daß die von der Arbeiterregierung eingeleitete Vermittlungsaktion noch Erfolg haben kann. So ist es möglich, daß dieser Arbeitskampf der 500 000 mit allen seinen schweren Folgen bis zur endgültigen Entscheidung ausgefochten werden wird.

Arbeitsmarkt wieder leichte Besserung.

Die Arbeitslosigkeit bleibt aber relativ groß.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg war in der Woche zum 20. Juli wieder etwas günstiger. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger wies eine Abnahme von 3591 Personen auf, die hauptsächlich auf die saisonmäßige Belebung der Mäntel- und Kleiderkonfektion zurückzuführen ist. Uneinheitlich wie bisher war wieder die Arbeitsmarktlage im Spinnstoffgewerbe. Papier- und Lederindustrie sowie das Holz- und Schnitzstoffgewerbe waren durchweg ungünstig beschäftigt. Die Metallindustrie wies in den männlichen Berufen gleichfalls eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades auf, dagegen machte die Vermittlungstätigkeit für die weiblichen Berufe Fortschritte. Befriedigend beschäftigt war die Industrie der Steine und Erden. Stärkeren Bedarf an Arbeitskräften meldete die Landwirtschaft zur Einbringung der Roggenernte an. Unverändert günstig blieb die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe, verschlechterte sich dagegen im Verkehrsgewerbe und Vervielfältigungsgewerbe. Die Arbeitsmarktlage für Angestellte erfuhr in ihrer bisherigen ungünstigen Gestaltung keine Aenderung.

In der Berichtswoche fiel die Zahl der Arbeitsuchenden um 4019 auf 231 642, d. h. um 1,71 Proz., gegenüber einer Abnahme von 915 gleich 5,39 Proz. in der Vorwoche. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 120 958, in der Krisenunterstützung 24 170, zusammen 145 128 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 100 912, auf die Provinz Brandenburg 19 044, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 1002.

Im ganzen zeigten die vier Wochen vom 22. Juni bis zum 20. Juli beträchtliche Schwankungen, aber keine Besserung, wie meist im Juni-Juli. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in Brandenburg zwar von 233 733 auf 231 642 gefallen. Die Hauptunterstützungsempfänger sind aber von 117 612 auf 120 958, zusammen mit den Krisenunterstützten von 143 987 auf 145 128 gestiegen.

Massenpleite von Getreidebanken.

Nur geringe Beteiligung der Staatsbank.

Zu unserem Artikel „Massenpleite von Getreidebanken“ teilt uns die Preußische Staatsbank (Seehandlung) mit, daß sie nur in geringem Umfange von eventuellen Verlusten betroffen werden wird. Frühere Verbindungen mit den Getreidekreditbanken in Stettin und Mainz seien voll abgewickelt. Nur aus dem Zusammenbruch der Magdeburger Getreidekreditbank A.-G. seien gewisse Verluste zu erwarten. Da aber die früher gewährten Kredite von 1½ bis 2 Mill. Mark auf 200 000 M. abgebaut sind, seien nur aus diesem Betrag noch Verluste möglich.

1 Milliarde Leipziger Messeaufträge.

– Das Leipziger Messeamt legt eine Erhebung und Berechnung des Leipziger Messeverkehrs und Umsatzes vor. Der Gesamtwert der Aufträge, die den deutschen Ausstellern zur Leipziger Frühjahrsmesse (1928) erteilt wurden, liegt mit der unteren Grenze bei 430 Mill. Mark. Nach sorgfältiger Abwägung aller Bedenken wird man die ungefähre Höhe der Gesamtaufträge auf 470 bis 500 Mill. Mark bemessen können. Wenn die aus der Messe herzuleitenden Nachbestellungen berücksichtigt werden, ergibt sich, wenn man nur die gleiche Summe der direkt erteilten Aufträge annimmt, ein Gesamtumsatz von 950 bis 1000 Mill. Mark.

Auch in Oesterreich Eisenkonjunktur. Die vom deutschen Stahltrust beherrschte österreichische Alpine Montangesellschaft meldet ebenfalls Rekordziffern der Eisenproduktion. Die Eisenerzförderung ist im Juni gegen Mai von 167 500 auf 178 000 Tonnen gestiegen. Die Erzeugung von Roheisen brachte 75 Proz., von Rohstahl 90 Proz., von Walzwaren 103 Proz. der Vollbeschäftigung.

Eine europäische Studienkommission für die Arbeitsmethoden in Warenhäusern. Der Rationalisierung des Einzelverkaufs in Warenhäusern wird eine europäische Studiengesellschaft dienen, die von der Tietz-A.-G.-Köln, Harrods-London, Innovation-Brüssel, Magasins du Nord-Kopenhagen, A. B. Nordisk Company-Stockholm und den Printemps-Warenhäusern-Paris gegründet worden ist. Das Arbeitsprogramm soll den Austausch von Mitteilungen über die Arbeitsmethoden und wichtige organisatorische Fragen in erster Linie umfassen.

Verkäufe

Linoleum. Stilbat. Koloniestraße 9 •

Webfehler-Teppiche.
Kleine Webfehler 2×3 19.— Mark.
Kleine Webfehler 2×3 24.— Mark.
Kleine Webfehler 2½×3½ 38.— Mark.
Kleine Webfehler 3×4 59.— Mark.
Ia. Qualität 2×3 38.— Mark.
Ia. Qualität 2½×3½ 55.— Mark.
Ia. Qualität 3×4 85.— Mark.
Körner, Berlin, Potsdamerstraße 26b. Hausnummer beachten.

Zeiß-Ikon, Gelegenheitskäufe, und andere Markenkameras, Prismengläser spottbillig, aus Versteigerungen stammend. Photo-Täuber, An der Spandauer Brücke 8 (Bahnhof Börse). •

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Moritzplatz 58a. Verkauf von Kavalier-Garderobe, teils auf Seide. Jackett-, Frack-, Smokinganzüge, Gabardinemäntel, Bauchanzüge, für jede Figur passend. Extra-Angebote für neue Garderobe. Pelzjacken 50.—, Pelzmäntel 95.—, Sportpelze 85.—, Gehpelze 100.—. Keine Lombardware! •

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Naß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße •

Möbel

Patentmatratzen „Primissima“. Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden •

**Möbelkäufer
merkt Kredit
und bar
Möbelbasar,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispiele:**
Schlafzimmer 435. Speisezimmer 345. Herrenzimmer 260. Spiegelschränke 118. Anrichteküchen 75. Kleiderschränke 45. Holzbettstellen 48. Chaiselongues 28. Metallbettstellen 16. Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 95. Untergrund-Bahnhof. •

Greifen Sie zu! Räucherfarbig gebeiztes Schlafzimmer, großer Ankleideschrank mit Innenspiegel, sämtliche Holzteile vollgearbeitet, komplett 765.—. Speisezimmer, Eiche, mit polierten Türen, moderne Bauart, innen Silberkästen, komplett mit Tisch und Lederstühlen nur 720 M. Langjährige Garantie! Zahlungserleichterung! Möbelhaus Osten, Andreasstraße 38 (gegenüber Markthalle).

Ueberzeugen Sie sich selbst von unserer Reichhaltigkeit an gutgearbeiteten Möbeln, von unseren stadtbekannt billigen Preisen, von unserer sprichwörtlichen Kulanz. Sie werden es nicht bereuen! Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 28. Hochbahn Kottbusser Tor.

Chaiselongues, wie neu, 20 M. Pappelallee 12.

Patentmatratzen, Polsterauflagen, 8.—. Pappelallee 12, Pankow. Schmidtstr. 1.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Schlafzimmer, Ruhebetten, Metallbetten. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Musikinstrumente

Einzelpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 16. •

Klaviere, 175.—, 200.—, 275.—, 425.—, gebrauchte, neue, große Auswahl. Zahlungserleichterung. Garantieschein. Kottbusser Damm 64, I.

Fahrräder

Teilzahlung, kulante Bedingungen. Fabrikmodelle, nur Qualitätsräder. Fahrradhaus „Wima“. Ackerstraße dreißig.

Gebrauchte Fahrräder, größte Auswahl. 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Wachnow, Weinmeisterstraße 14. •

Geschäftsverkäufe

Klempner findet Existenz für 1300.—. W. Vietz, Berlin-Wilmersdorf, [illegible]straße 3.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 20 (Haltestelle Adalbertstraße). •

Klaviere kauft sofort von privat Bergmann 5307. •

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungsbaumeister, Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Steinmetzschule, Heizungstechnik, Technikerkurse, Meisterkurse, Polierkurse. •

Autofahrschule Gerber, gründliche Ausbildung auf ganz modernen Fahrzeugen. Eintritt jederzeit. Urbanstraße 30 (nahe Hallesches Tor).

Verschiedenes

Schneeweiß wäscht Weiße, Köpenick, Albrechtstraße 2, Telephon 1233. Leibwäsche 15, trocknet im Freien. Abholung täglich. •

Detektivbureau Stoschel, Chausseestraße 77. Fernsprecher Norden 7864. Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte allerorts. •

Vermietungen

Wohnungen

2-, 2½-, 3-, 3½-Zimmer-Neubauwohnungen in Hirschgarten, Rummelsburg, Karlshorst und Reinickendorf. Rückzahlbarer Bauzuschuß 500 M. pro Zimmer. Beziehbar sofort. Wohnraum, Belle-Alliance-Straße 79. Bergmann 6394.

Leerzimmer mit Küchenbenutzung sofort. A. Liese, N., Sparrstraße 22, vorn II Treppen.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Aushilfskräfte

für einfache Bureauarbeiten (etwas Schreibmaschine) gesucht. Bedingung Mitgliedschaft

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.
Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41

Ben Tillet: Als ich im Zirkus auftrat

Ben Tillet, der bekannte englische Gewerkschaftsführer und Vorsitzender des Gewerkschaftskongresses, plaudert in dem nachstehenden Artikel über seine Erlebnisse als junger Zirkusschauspieler.

Copyright by Intards, Berlin.

Meine Beziehungen zum Zirkusleben reichen sechzig Jahre zurück. Wenn ich die Bedingungen von heute mit denen vergleiche, unter denen ich gearbeitet habe, so kann ich nur ausrufen: „Welch' eine Wandlung!"

Der moderne Zirkus ist in der großen Geschichte menschlicher Arbeit eine Gipfelleistung.

Während schon in jenen alten Tagen alle Tricks an sich wundervoll waren, übertreffen die, die man heute sieht, bei weitem alles, was damals überhaupt nur denkbar war.

Der Charakter der Zirkusvorstellung hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert, und damit auch die Bedingungen, unter denen die Artisten arbeiten. Zu meiner Zeit mußte jeder Artist sich für sich allein abmühen; aus ihm wurde herausgeholt, was überhaupt nur herauszuholen war, wobei der „Unterricht" oft über alle Maßen brutal war . . .

Von Hygiene, organisiertem körperlichen Training oder irgend einem Unterschied zwischen Mensch und Tier war damals keine Rede.

Dies oder das m u ß t e gemacht werden, und Mensch oder Tier wurden gewaltsam zu der Arbeit gezwungen.

Den Zirkus von heute betrachte ich als ein modernes Organisationswunder.

Was der Magnat eines Stahltrustes in der Beherrschung des Rohstoffes und der Metallurgie zu leisten hat, das leistet der moderne Zirkusbesitzer in der Organisation körperlicher Befähigung und Begabung lebender Wesen.

Zu meiner Zeit hatte der hoffnungsvolle „Risley Boy" — der kleine Bursche, der den Obermann einer Akrobatentruppe zu spielen hat — noch hundert und eine Arbeit zu tun. Es blieb ihm kaum eine Gelegenheit, sich auf seine eigene Spezialität zu konzentrieren, denn er mußte beim Dressieren von Pferden, Hunden und sogar Schweinen helfen, beim Zeltaufbau und ähnlichen Arbeiten mitun und in einem Dutzend Nummern mitwirken, als Risley Boy, Seiltänzer, Reiter, kurz in jeder Rolle, für die gerade jemand nötig war.

Zehn Aufführungen an einem Tage, auf irgend einem öffentlichem Marktplatz waren keine Seltenheit; außerdem mußte man noch zuweilen auf den Straßen auftreten, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf die heisere Stimme und die asthmatische Trompete des Ausrufers zu lenken.

Ich bin unerschütterlich davon überzeugt — und meine Erinnerung an mein Leben im Zirkus bestätigt diese Ueberzeugung —, daß die Leute vom Zirkus in ihrer Anhänglichkeit die selbstlosesten Menschen unter allen Schauspielern sind, die ich kenne. Männer und Frauen vom Zirkus haben außerordentlich hart zu arbeiten, aber ich glaube fest daran, daß es unter ihnen eine höhere Moral menschlichen Zusammenlebens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft gibt als in irgendeiner anderen Klasse der menschlichen Gesellschaft.

Sie haben alle ein feineres und freundlicheres Verantwortungsbewußtsein gegenüber Tieren als irgendein anderer Mensch, und selbst in den übelst berüchtigten Buden, die ich in meiner Jugend kennen gelernt habe, war, wenn nichts anderes, so doch mindestens das Tier sakrosankt.

Es ist nicht zu leugnen, daß das akrobatische Training außerordentlich harte und grausame Arbeit erfordert, und viele unserer besten Artisten können von zerbrochenen Rippen, verrenkten Gliedern und Quetschungen, von mehr oder weniger ernsten Verletzungen erzählen. Aber obwohl diese kleine Gemeinschaft stets bereit ist, Sensationen zu bieten, sind ihre zuweilen nicht sehr geistreichen, dafür aber oft äußerst gefährlichen Nummern nichts als eine Konzession an die Tyrannei des Publikums.

Ich mißbillige aufs schärfste den immer noch wachsenden Hunger des Publikums nach Sensationen, die mit Gefahren für Leib und Leben verbunden sind. — — — —

Es war nicht nur ein Zufall, der mich vor nun bald sechzig Jahren zum Zirkusdarsteller machte.

Ich bin in dem nichts weniger als vornehmen Viertel von Bristol geboren und aufgezogen worden. Da die Docks und Werften mein einziger Spielplatz waren, war die Lockung eines Zirkus, der dort sein Lager aufschlug, zu groß, als daß ich ihr widerstehen konnte.

Mein Unglück war, niemals die Liebe einer Mutter kennengelernt zu haben. Schon im Alter von sieben Jahren hatte ich zwei Stiefmütter gehabt, was meinen Wunsch, meine Heimat zu verlassen, noch verstärkt hatte.

Die Erziehung, die ich genossen hatte, war sehr nachlässig gewesen — es gab damals noch keinen Schulzwang —, aber ich hatte in der harten Schule des Lebens genug gelernt, um mich „auf eigene Füße" zu stellen und mich mit dem Zirkus davon zu machen.

Bald gewöhnte ich mich an meine neue Umgebung, die zwar roh, aber kaum schlimmer als die war, die ich bis dahin kennengelernt hatte. Wenn ich das harte Los eines Kindes jener Tage mit der Jugendfürsorge der heutigen Zeit vergleiche, kann ich mir nur schwer vorstellen, wie einige von uns es überhaupt überstehen konnten.

Viel Fremdes lernte ich im Zirkus kennen. Ich habe Hunde dressieren helfen, ich habe den gutmütigsten Pony zum feurigen Broncho umdressiert und in vielen Manegestücken mitgespielt, wie in „Maria Marten", „Das brennende Schiff", „Die Piraten" und anderen alten Sensationsstücken.

Eine ganze Reihe aufregender Zwischenfälle ist während meines Zirkuslebens passiert — von Prügeleien bis zum Mord, von Trunkenheit bis zur erhabensten Aufopferung. Jeder einzelne von meinen damaligen Freunden pflegte in irgendeinem schmutzigen, wenn nicht verdorbenen Kreise zu leben, aber wenn es um die Truppe ging, habe ich auch nicht ein einziges Mal den geringsten Verstoß gegen das hohe Gesetz der Kameradschaft und Freundschaft kennengelernt.

Berliner Frühbetrieb

Um 3 Uhr nachts öffnet er seine Pforten. Zutritt für jedermann, vorausgesetzt, daß Herr Jedermann eine gefüllte Brieftasche besitzt. Eine Suppe kostet 1 Mk. und ein Kaffee 1,20 Mk., Garderobe ist abzugeben, Zigaretten nur von 25 Stück à 8 Pfennig abwärts; Musik bettelt mit einem Teller — mit einem Worte: Nepp!

Zwölf Kellner sind beschäftigt; jeder hat drei kleine, dicht besetzte Tischchen unter sich. Kellner, die nie im Leben Kellner waren, ihre Physiognomien verraten ganz andere Berufe; sie spielen nur von 3 Uhr nachts bis 8 Uhr morgens Serviermädchen. Sie stecken in weißen Arbeitskitteln und sehen aus wie Schlächtergesellen in Sonntagsschuhen. Seit Jahr und Tag hackt die Kapelle ihre Schlager herunter: ein Bandonium, Violine und zwei Gitarren. Ist ein freigebiger Betrunkener anwesend, spielt ihm der Geiger ins Ohr, jede Note zu Bargeld münzend. Die Frauen sind müde, wachen erst langsam auf. Seit Dunkelwerden auf der Straße, brennen ihnen die geschwollenen Füße. Es ist so schwer Geld zu verdienen, klagen sie. Herren, mit kühnen Schmissen im Gesicht, trinken Bier und rauchen dicke Zigarren. Ab und zu fliegen Studentenausdrücke, rüde Scherze und Schimpfreden über den Tisch: Zuhältergesindel, das sich mittels Rasierklingen Studentenschmisse als empfehlende Legitimation beigebracht hat, und mit den Quarten und Terzen im Gesicht vom harmlosen Publikum als etwas über die Schnur hauende Akademiker eingeschätzt werden.

Rauch und Schmutz erfüllt das Lokal. Man weiß nicht, weshalb man sich eigentlich eine Nacht um die Ohren schlägt. Von der Straße dringt der Lärm des jungen Morgen durch die Vorhänge. Reingewaschene junge Mädchen laufen ihren Arbeitsstellen zu, man hört ihr Getrippel auf dem Bürgersteig. Und im Frühbetrieb lümmeln auf Tischen und Stühlen Laster und Gemeinheit. Gläserne Augen glotzen, rotverfärbte Lippen suchen zu lächeln. Die Musik spielt auf allgemeinen Wunsch einen neuen Schlager: „Es gibt eine Frau, die dich niemals vergißt — Mutter — —", und irgendwo an einem Tisch kriegt ein geputztes Mädel das heulende Elend . . .

Max Bernard

Das Geheimnis des Atomkernes

Das größte Problem, das gegenwärtig die P h y s i k beschäftigt und dessen Lösung eine ungeheuere Umwälzung unseres Wirtschaftslebens mit sich bringen würde, ist d i e Z e r t r ü m m e r u n g d e s A t o m k e r n e s. Der Atomkern ist bisher noch eine verschlossene Welt. Nur die äußeren Gebiete des Atoms, die Bahnen, auf denen die negativen Teile der Elektrizität, die Elektronen, sich bewegen, sind uns zugänglich. Während die äußeren Sphären des Atoms schon durch schwache elektrische Felder gestört werden können, herrschen innerhalb des Atoms u n g e h e u r e e l e k t r i s c h e K r ä f t e, deren Zertrümmerung nur durch entsprechende äußere Einwirkungen möglich wäre. Gelänge aber diese Zertrümmerung, dann hätte man die Möglichkeit, nicht nur ein Element in das andere zu verwandeln und den alten Alchimistentraum von der Umwandlung von Eisen in Gold zu verwirklichen, sondern es würden auch riesige elektrische Kräfte dadurch nutzbar gemacht werden. Hat man doch die Vermutung aufgestellt, daß durch die Zertrümmerung zweier Zweipfennigstücke eine Energie erhalten werden könnte, durch die sämtliche Fabriken der Welt während einer ganzen Woche in Bewegung gehalten würden.

Wie in der Wochenschrift „Die Umschau" mitgeteilt wird, ist man durch die neuesten Arbeiten eines jungen russischen Forschers P. L. K a p i t z a auf dem Wege zur Erreichung dieses ungeheuren Zieles. Kapitza, der in dem Laboratorium des berühmten englischen Physikers R u t h e r f o r d arbeitet und kürzlich zum Mitglied der Britischen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde, hat einen Elektromagneten mit einem Magnetfeld von ungeheurer Spannung erbaut. Nach den theoretischen Berechnungen ist zur Zertrümmerung des Atomkernes die Einwirkung eines magnetischen Feldes notwendig, dessen Spannung auf 100 000 Gauß, wie die Einheit der magnetischen Spannung heißt, geschätzt wird. Die stärksten Elektromagneten, die bisher vorhanden sind, haben eine Spannung von 30 000 bis 50 000 Gauß. Die Aufgabe bestand darin, durch die Drahtwicklung des Elektromagneten einen elektrischen Strom von vielen tausenden Ampère zu leiten, ohne das ganze Gerät zu zerstören. Kapitza rechnete aus, daß die Wicklung unversehrt bleibt, wenn man den stärksten Strom auf die Dauer von $^1/_{100}$ Sekunde leitet. Er konstruierte einen selbständig arbeitenden „Unterbrecher", der elektrische Stromstöße von $^1/_{100}$ Sekunde erlaubt. Dieser Strom erzeugt zwischen den Polen des Elektromagnets ein Magnetfeld von 500 000 Gauß Spannung. Auf diese Weise hofft man, das Problem der Atomzertrümmerung zu lösen.

Rudolf Neunzig: Brutparasitismus

Während der Brutparasitismus (Brutschmarotzer legen die Eier in fremde Nester und lassen sie darin erbrüten und die Jungen aufziehen) der Kuckucke und einiger Stärlinge seit langem bekannt ist, liegen die ersten Berichte über das Auftreten dieser Erscheinung von Angehörigen der finkenartigen Familie der Webervögel erst zwei Jahrzehnte zurück. In der Heimat dieser Vögel, in Afrika, wurde von einigen Forschern die brutparasitäre Lebensweise der Dominikanerwitwe entdeckt. Dieser Vogel von der Körpergröße eines Zeisigs lebt in Vielweiberei. Zu einem Männchen gehören mehrere Weibchen, deren Zahl sehr verschieden sein kann. Das Männchen ist zur Brutzeit durch ein ansprechendes, farbiges Kleid und durch vier lange Schwanzfedern ausgezeichnet. Einem südafrikanischen Forscher gelang es vor wenigen Jahren, das Benehmen dieser Vögel genau zu beobachten. Er berichtet hierüber: „Die Helenasasänchen (das sind kleine Webertinken und Wirtsvögel für die Dominikanerwitwen) bauen ihre Nester in ein bis zwei Fuß hohe Dornenbüsche, die dicht mit Gras durchwachsen sind. Das Nest ist stets in der Mitte des Dornenbusches in dem Grase auf die Erde gebaut, und die natürlich vorhandenen Gräser werden benutzt zur Wölbung des Nestdaches und dann weiter mit trockenen Fasern und Gräsern ausgepolstert. Zu diesem Bau führt eine Röhre vom Rande des Busches, etwa 12 bis 14 Zoll lang. Diese Röhre ist aus den auf dem Platze, wo die Röhre angelegt ist, vorhandenen Gräsern geflochten und mit hinzugeschleppten Gräsern dicht und dauerhaft gemacht.

Wenn solches Nest gefunden war, habe ich stundenlang auf der Lauer gelegen, um zu sehen, ob wohl eine Dominikanerwitwe solches Nest aufsucht. Nachdem ich etwa 20 bis 25 Nester so beobachtet hatte, ist es mir nur einmal geglückt, eine Dominikanerwitwe in solche Röhre verschwinden zu sehen, und nach einer halben Stunde kam sie wieder zum Vorschein und flog ab. Das Nest habe ich sofort untersucht und fand sieben weiße Eier darin, fünf waren länglich rund und zwei waren dickrund. Dieses Nest hat ein Hütejunge 14 Tage beobachten müssen, und in der dritten Woche habe ich dann selber das Nest geholt. Es waren acht beinahe flügge Junge darin, darunter zwei Dickköpfe. Mithin mußte das Helenasasänchen noch ein Ei beigelegt haben." Es wurden dann noch eine größere Anzahl von Nestern des Wirtsvogels untersucht, und es war selten der Fall, daß kein Ei oder kein Jungvogel des Schmarotzers sich im Nest befand. Demselben Forscher gelang es kurze Zeit darauf, den Brutparasitismus eines ähnlichen Vogels, der Königswitwe, nachzuweisen. Sie schmarotzt ebenfalls bei einem kleinen Webefinken, dem Granatastrild.

Gestützt auf diese Beobachtungen und die anderer Forscher, konnten an Hand von konserviertem Material eine Anzahl interessanter biologischer Tatsachen gefunden werden. Wir wissen vom Kuckuck, daß seine Eier denen der Wirtsvögel in Farbe und Zeichnung angepaßt sind, um ein Erbrüten des Eies und damit die Aufzucht des Jungvogels zu gewährleisten. Die Konkurrenz bei der Fütterung braucht der junge Kuckuck nicht zu fürchten, da er seine Nestgeschwister zum Nest hinausbefördert und diese elend zugrunde gehen. Andere fremdländische Kuckucke, die als Wirtsvögel rabenartige Vögel benutzen, zeigen diese Unart nicht. Sie werden zusammen mit den Nestgeschwistern aufgezogen. Dafür zeigen sie in ihrem Nestkleid in der Färbung wesentliche Anklänge an das ihrer Wirtsvögel. Wir sehen also zwei Anpassungserscheinungen, einmal der Eifarbe, das andere Mal des Nestkleides. Aehnliche, allerdings kompliziertere Erscheinungen konnten für die brutschmarotzenden Webervögel nachgewiesen werden. Hier werden die jungen Wirtsvögel zusammen mit den Schmarotzern aufgezogen. Die jungen Wirtsvögel sind durch das Auftreten besonderer, Licht reflektierender Organe an den Mundwinkeln und durch eine besondere Rachenzeichnung ausgezeichnet. Die Rachenzeichnungen sind regelmäßig gebildete und angeordnete Striche und Punkte von dunkler Färbung auf dem farbigen Gaumen und der Zunge dieser Vögel, die beim Aufsperren des Rachens zu sehen sind. Den meisten Vogelarten, z. B. unserem Sperling, fehlen sie. Bei jeder Art der Webefinken sind diese eigentümlichen Gebilde von anderer Form, Gestalt und Farbe. Nun zeigen eigenartigerweise die jungen Schmarotzer genau dieselben Gebilde wie die jungen Wirtsvögel, während ihre nächsten Verwandten keineswegs derartige Gebilde tragen, sondern einen Rachen haben, der dem unseres Sperlings ähnlich sieht. Die Anpassung an die Wirtsvögel geht noch weiter. Auch die Jugendkleider haben dieselbe Färbung. Wir haben somit eine der interessantesten Anpassungserscheinungen vor uns. Die Anpassung der jungen Schmarotzer an die jungen Wirtsvögel ist von Bedeutung für die ersteren, da dadurch ihre Aufzucht und Erhaltung gewährleistet ist. An Hand dieser Untersuchungen konnte weitere Fälle von brutparasitärer Lebensweise von den oben erwähnten Schmarotzern nahestehenden Arten wahrscheinlich gemacht werden, deren Bestätigung durch Beobachtung in der Freiheit noch aussteht. Die vermeintlichen Schmarotzer führen ebenfalls eine ähnliche Lebensweise. Sie leben in Vielweiberei. Auch ihre Jungen zeigen Anpassungserscheinungen an andere Webefinken, die wahrscheinlich ihre Wirtsvögel sind.

Allerlei vom Tabak. Im Jahre 1558 wurde der Tabak zuerst nach Portugal gebracht, und von dort schickte im Jahre 1560 der französische Gesandte Nicot, auf den der Name „Nicotiana", wie der Tabak auf lateinisch heißt, und die Bezeichnung Nikotin für den ihn enthaltenen Giftstoff zurückgeführt wird, Samen der neuen Wunderpflanze an die Königin Katharina von Medicis. Nach Deutschland soll der Tabak um das Jahr 1570 durch spanische Truppen gekommen sein; zehn Jahre später brachte ihn Sir Walter Raleigh direkt aus Virginien. Nun setzte überall der Kampf um das neue Kraut ein, das ebensoviel Liebhaber wie Gegner fand. König Jakob I. von England schrieb eigenhändig eine Schrift dagegen, legte 1604 eine starke Abgabe darauf und ordnete an, daß kein Pflanzer in Virginia mehr als 100 Pfund davon anbaue. Der Sultan ließ 1610, um das Rauchen lächerlich zu machen, einen Mann mit einer durch die Nase gestoßenen Pfeife durch Konstantinopel führen. In Rußland wurde 1634 das Nasenabschneiden als Strafe für Tabakraucher festgesetzt. In der Schweiz wurden sie mit dem Pranger bestraft, und bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bestand in Bern ein besonderes Gericht: „La chambre du tabac", zur Aburteilung der Raucher. Zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges bürgerte sich das Rauchen dann immer mehr ein, und unter dem Großen Kurfürsten begann der inländische Anbau des Tabaks.

Der Rentierreichtum Alaskas

Wie der Einwohnerschaft eines ganzen Landes, das nur kärgliche Naturverhältnisse aufweist, höchst wertvolle Existenzmöglichkeiten verschafft werden können, dafür bietet Alaska einen Beweis, nämlich durch die Einführung der Renntierzucht. Vor etwa 30 Jahren gab es in Alaska nicht ein einziges Renntier. Dann wies 1891 der Generalinspekteur des Schulwesens in Alaska, Sheldon Jackson, mit Einfuhr der ersten 171 Renntiere den zu beschreitenden Weg. Bis 1902 waren 1280 Renntiere eingeführt worden — aus dem norwegischen Lappland, von wo gleichzeitig etliche Lappländerfamilien mitkamen, um die Eingeborenen in Alaska, die Eskimos, im Aufziehen von Renntieren zu unterweisen. Jene 1280 Renntiere bildeten den Stamm der kolossalen Tiermenge, die es heutigen Tages in Alaska gibt und die am 1. Juli d. J. gerade e i n e M i l l i o n R e n n t i e r e erreichte.

Mit der Renntierzucht erhielten besonders die Eskimos, die früher in mühevoller Jagd und von einer Gegend zur anderen wandernden Robben und sonstigen Tieren nachstellten, einen lohnenden Erwerb. Nächst Fischerei ist jetzt Renntierzucht der wichtigste Erwerbszweig in Alaska, indem beständig zunehmende Mengen Renntierfleisch nach den Vereinigten Staaten abgesetzt werden. Im vorigen Jahr betrug die Ausfuhr dorthin nicht weniger als 2 Millionen Pfund von solchem Fleisch. Die größten Renntierzüchter sind zwei Norwegisch-amerikaner, die Brüder Lomen, die 1914 mit 1000 Tieren begannen und jetzt 160 000 besitzen, aber die Herden wachsen schnell, indem man rechnet, daß sie sich in drei Jahren immer verdoppeln. Deren Züchterei bildet Großbetrieb, mit Kühlräumen und Verschiffungsstellen, von wo in jeder Saison zwei Dampfer mit Fleisch zur amerikanischen Westküste gehen. In Alaska gibt es mindestens 200 000 Quadratmeilen Land, die mit Renntiermoos bedeckt sind und wo Renntierherden von 10 Millionen Tieren oder dem Zehnfachen des jetzigen Bestandes Nahrung finden. S.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Achtung, Kreismitglieder! Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich zur Antikriegsdemonstration pünktlich 18¼ Uhr am Kölnischen Park mit ihren Abteilungsfahnen einzufinden.
9. Kreis Wilmersdorf. Treffpunkt zur Antikriegsdemonstration am Donnerstag, 1. August, 19 Uhr, am Königstor Ecke Friedrichshain. Abmarsch pünktlich 18¾ Uhr. Banner und Fahnen sind mitzubringen.

Heute, Dienstag, 30. Juli.

5. Abt. Die Genossen, die noch einen Reichsbannermann am Sonnabend, 10. August, in Quartier nehmen wollen, werden gebeten, sich sofort zu melden.
12. Abt. 19½ Uhr Funktionärversammlung bei Schmidt, Wiclefstr. 17.
91. Abt. Neukölln. 19½ Uhr Funktionärsitzung bei Rößler, Karlsgartenstr. 4.

Morgen, Mittwoch, 31. Juli.

58. Abt. Charlottenburg. 20 Uhr Funktionärversammlung bei Zierich, Kantstraße 62. Die Funktionäre werden dringend ersucht, zu erscheinen.

Antikriegskundgebung

am Donnerstag, 1. August.

33. Abt. Treffpunkt 18½ Uhr Küstriner Platz.
36. Abt. Treffpunkt 18½ Uhr Küstriner Platz. Jeder muß erscheinen.
102. Abt. Baumschulenweg. Die Organisation beteiligt sich geschlossen. Treffpunkt am Schlesischen Bahnhof um 6¼ Uhr. Die Bezirksführer laden dazu ein. Zur Verfassungsfeier wollen die Genossinnen und Genossen die Bezirksführer bei der Werbung der Quartiere bestens unterstützen.
105. Abt. Adlershof. Treffpunkt und Abfahrt pünktlich 17.34 Uhr Bahnhof Adlershof.
118. Abt. Lichtenberg. Treffpunkt am Wagnerplatz. Abmarsch 17¾ Uhr zur Kreissammelstelle.
120. Abt. Friedrichsfelde. Die Parteimitglieder unserer Abteilung sammeln sich 18¼ Uhr an der Jugendbühne Hauptstraße, Nähe Bahnhof Stralau-Rummelsburg. — Quartiere für das Reichsbanner zum 11. August sind beim Genossen Schwarz, Caprivialllee 105, zu melden.
121. Abt. Karlshorst. Treffpunkt pünktlich 18 Uhr Bahnhof Karlshorst, Seite nach dem Deutschen Haus. Fahnen sind mitzubringen. Nachzügler fahren direkt zum Treffplatz des 17. Kreises, Platz an der Jugendbühne, in Lichtenberg.
124. Abt. Buch. Abfahrt mit Banner um 17.37 Uhr ab Buch. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Frauenveranstaltungen.

34. Abt. Alle Genossinnen beteiligen sich am Donnerstag, 1. August, an der Antikriegskundgebung im Friedrichshain. Treffpunkt 18½ Uhr am Küstriner Platz.
47. Abt. Der Frauenabend fällt in diesem Monat aus. Alle Genossinnen beteiligen sich an der Antikriegskundgebung am 1. August.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Die Gruppenleiter werden ersucht, die Genossen, die sich zur Teilnahme an der Landagitationsfahrt am 4. August gemeldet haben, festzulegen und Name, Adresse an Genossen Zingelmann einzusenden. Es können noch 20 Genossen mitgenommen werden. Die Abfahrt erfolgt 8 Uhr vom Vorwärtshaus, Lindenstraße 3.

Arbeitsausschußsitzung am Mittwoch, 19 Uhr, Marheinekeplatz 3—4, Lokal des Arbeiter-Abstinentenbundes.

Gruppe Lichtenberg: Dienstag, 30. Juli, 20 Uhr, Jugendheim Gunterstraße 44. Vortrag: „Verfassungsfragen". Referent Genosse Franz Lipinski.

Gruppe Bohnsdorf: Dienstag, 30. Juli, 19½ Uhr, Jugendheim Wachtelstraße 1. Antimilitaristischer Abend. Gäste willkommen. Donnerstag, 1. August, beteiligen sich die Jungsozialisten geschlossen an der Antikriegskundgebung. Sonntag, 4. August. Treffahrt mit den Kinderfreunden. Dienstag, 6. August, 19½ Uhr, Jugendheim Wachtelstr. 1. Fortsetzung des Referats des Genossen Waldmann: „Von Versailles bis Paris". Gäste willkommen. Dienstag, 13. August, 19½ Uhr, Jugendheim Wachtelstr. 1. Organisatorisches; anschließend Bunter Abend. Gäste willkommen. Sonnabend, 17. August, beteiligen wir uns geschlossen am Ausflug der Freien Schulgemeinde nach Hanfts Ruh. Treffpunkt 13 Uhr vor dem Jugendheim Wachtelstr. 1. Wer später Arbeitsschluß hat, kommt direkt nach. Dienstag, 20. August, 19½ Uhr, Jugendheim Wachtelstr. 1. Referat des Genossen E. Horlemann: „Die Kritik des historischen Materialismus durch Hendrik de Man". Gäste willkommen. Dienstag, 27. August, 19½ Uhr, Jugendheim Wachtelstr. 1. Politischer Abend. Sonnabend, 31. August, und Sonntag, 1. September, Jungsozialistentreffen in Fürstenwalde.

Funkwinkel.

Aus der Musikflut, die den Hörer umspielt, ragt das Abendkonzert, das den Titel „Populäre Orchestermusik" trägt, hervor. An Stelle des beurlaubten Seidler-Winkler dirigiert Alexander Michael Szenkar das Orchester. An erster Stelle steht Dworaks symphanische Dichtung aus der neuen Welt. Man bedauert, daß Szenkar nur als Gastdirigent im Berliner Rundfunk eine Rolle spielt. Szenkar betont ebenso das weiche Melos der Melodie wie den gestrafften tänzerischen Rhythmus. Das Orchester blüht in seltsamen Klangfarben. Alles ist abgetönt und miteinander in Harmonie gebracht. Trotzdem verfällt Szenkar nicht in ein süßliches Auskosten einer lieblichen Melodie. Er bewahrt sich immer eine gewisse herbe Männlichkeit. Sonst ist vor allem das Schallplattenkonzert zu erwähnen, das diesmal berühmte Geiger und Cellisten bringt. Immer mehr wachsen sich die Schallplattenkonzerte zu einer durchaus ernst zu nehmenden künstlerischen Angelegenheit aus, die fast die anderen Darbietungen in den Schatten stellt. Eingeschaltet wird ein Einakter „Das Streichquartett" von Szöke Szakall, der mehr Behagen als Witz zeigt. Eine einzige Situation wird hier ins Unendliche ausgesponnen, und der geistreiche Conferencier und Kabarettist Szakall bedient den Hörer mit dagewesenen Situationen und Bonmots. Immerhin gelingen ihm einige humoristische Situationen. Anzuerkennen bleibt, daß die Funkstunde den Sonntag völlig auf Musik stellt. Von den Landsknechtsliedern ist noch zu berichten, daß Carl de Vogt besser am Platze gewesen wäre als Hermann Munk. F. S.

•

„Neue Rundfunkmusik" — Was heißt das? Gibt es eine Notwendigkeit, besondere Musik für die Rundfunkveranstaltungen zu schaffen? Zwar: die Stärke des Orchesters wird noch immer durch die Uebertragung verwischt. Die Stellung der Mikrophone kann uns ein großes oder kleines Orchester vortäuschen. Aber im übrigen ist jede Musik Angelegenheit des Ohrs, Angelegenheit auch des Mittlers „Mikrophon". Und, um das Ergebnis vorwegzunehmen, eine Beethovensinfonie ist mehr, viel mehr für die Hörer, als diese verkrampfte „Rundfunkmusik", deren gewollte Modernität so gequält, so unecht war. Wer glaubt, mit diesem Bluff die Hörer ködern zu können, beweist nur die eigene Unterlegenheit, beweist nur, daß er selber unfähig ist, Musik zu erleben und über diese Unzulänglichkeit hinwegtäuschen möchte. Schlagworte von vorgestern sind noch keine Kunst. — Ein Vortrag von Amts- und Landgerichtsrat Jönnes Basch „Klage wegen Beleidigung" behandelte die Frage, wann der Anlaß zu einer Beleidigungsklage gegeben ist. Wer die Flut der Beleidigungsklagen kennt, mußte wünschen, daß der Vortragende viel stärker, als er es leider tat, vor den überflüssigen, um einer belanglosen Aeußerung willen angebahnten Beleidigungsklagen warnte. Tes.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Treffpunkt der Gesamtorganisation am Donnerstag, dem 1. August, zur

Nie-wieder-Krieg-Kundgebung

auf dem Sportplatz im Friedrichshain, 18½ Uhr, Danziger Straße an der Schönhauser Allee, Mittelpromenade. (Hochbahn Danziger Straße.) Abmarsch pünktlich 19 Uhr.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr:

Kölnischer Park: Heim Waisenstr. 18. Mitgliederversammlung. — Rosenthaler Vorstadt: Schule Elisabethkirchstr. 19. „Deutschland und Kolonialpolitik." — Hansa: Heim Bochumer Str. 8b. Funktionärsitzung. — Westen II: Heim Bülowstr. 88. Mitgliederversammlung. — Gesundbrunnen I: Schule Gotenburger Str. 2. „Unsere internationale Arbeit." — Schillerpark: Schule Schöningstraße. „Reparationsfragen." — Wedding R. F.: Heim Müllerstr. 4. „Unsere Stellung zur Religion und Kirche." — Wedding-Nord: Heim See- Ecke Turiner Straße. „Jugend und Politik." — Arbeitsgemeinschaft der Roten Falken: Schule Sonnenburger Str. 20. „Der Rote Falke in der SAJ.-Gruppe." Arnswalder Platz: Heim Rastenburger Ecke Wehlauer Straße. „Sozialistische Finanzwirtschaft." — Feldplatz I: Funktionärsitzung beim Genossen Schellenberg, Gleimstr. 59. — Hohenschönhausen: Heim Dingelstädter Straße. „Wie brach der Krieg aus?" — Nordost: Heim Danziger Str. 62. „Bürgerliche Wehrverbände." — Wörther Platz: Schule Kastanienallee 82. „Kameradschaftsabend." — Süden: Heim Nordstr. 11. „Innen- und Außenpolitik." — Schöneberg I: Heim Hauptstraße 15. „Die außenpolitische Lage." — Schöneberg IV R. F.: „Unsere Beteiligung an der Verfassungsfeier." — Zehlendorf: Spiel und Sport auf der Wiese. Alle müssen erscheinen. — Neukölln I: Heim Flughafenstr. 66. „Tagespolitik." — Neukölln V: Heim Böhmische Str. 1—4. Antikriegsabend. — Neukölln VI: Heim Treptower Straße. Mitgliederversammlung. — Neukölln VII: Heim Treptower Straße. Gegnerabend. — Neukölln VIII: Heim Bergstr. 29, F. 1. „Gewerkschaftsfragen." — Lichtenberg-Mitte: Heim Scharnweberstr. 29. „Der Lehrling und seine Rechte." — Neu-Lichtenberg: Heim Baußtraße. Lichtbilder: „Rügen, Ostseeküste". — Hermsdorf: Heim Raonstraße. „Wien." — Reinickendorf-Ost: Heim Lindauer Straße. „Reichsbanner und SAJ." — Niederschöneweide: Schule Berliner Str. 31. Baden im Freibad Oberschöneweide. Treffpunkt 18 Uhr Laufener Straße.

Werbebezirk Tiergarten: Die W.-B.-Sitzung findet heute nicht statt. Neue Einladung folgt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Mittwoch, 31. Juli, 20 Uhr. Antreten der Ehrenkameradschaft in Bundeskleidung Schulhof Köpenicker Str. 125. — Dienstag, 30. Juli. Prenzlauer Berg: 20 Uhr Sitzung aller Sanitäter bei Burg, Prenzlauer Allee. Mitte, 3. Kameradschaft: 20 Uhr Versammlung Rosenthaler Hof. Referat Kam. Stadtrat Hetzschold: „Zehn Jahre Weimar". Eingeführte Gäste willkommen. Kameradschaft Tegel: Mitgliederversammlung im „Alten Krug", Hauptstr. 14. — Donnerstag, 1. August, treten die Ortsvereine zur Teilnahme an der Antikriegskundgebung der SPD. wie folgt an: Prenzlauer Berg: 19 Uhr Sportplatz „Einsame Pappel". Kreuzberg: 18 Uhr in Bundeskleidung mit Tambourkorps ohne Fahnen Rummelsburger Platz, an der Brommybrücke. Erscheinen Pflicht. Schöneberg-Friedenau: 18.15 Uhr mit Musik Bahnhof Ebersstraße. Nachzügler bis 19.15 Uhr Bahnhof Landsberger Allee. Neukölln-Britz mit Tambour- und Musikkorps. Zeit und Ort wo die SPD. des 14. Kreises antritt. (Siehe Sonntags-Zeitungsnotiz.) Tempelhof: Abfahrt pünktlich 18 Uhr Bahnhof Tempelhof mit Spielmannszug. Nachzügler 18½ Uhr am Rummelsburger Platz. Pankow (Ortsverein): 18 Uhr in Bundeskleidung Sportplatz „Einsame Pappel", Schönhauser Allee. Pflichtveranstaltung. Wittenau (Kameradschaft): 18 Uhr Brunnenplatz in Bundeskleidung. Pflichtveranstaltung.

Die Charlottenburger Liedertafel, Mitgl. d. DASB. (Männer-, Frauen- und Gemischter Chor), veranstaltet am Donnerstag, 1. August, 19½ Uhr, ein Platzkonzert in Charlottenburg, Am Lützow (Feuerwache).

German-English-Society. Café Jagenburg, Berlin W., Bülowstr. 1, 9 p. m. Midsummer Festivity: Social Evening.

TOD UND TEUFEL allen Wanzen

Wanzenfluid „Martial" tötet jede Wanze auf der Stelle und zerstört die Brutnester restlos. Nicht fleckend, überall anwendbar. Flasche M. 0.85, 1.50, 2.40, 3.50, ¾ Literflasche M. 6.—, Zerstäuber M. —.50. In Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reichel, Berlin SO. 43 Eisenbahnstr. 4.

Theater, Lichtspiele usw.

SCALA 8 Uhr Barb. 9256
Berrah Minevitsch's Elf amerikanische Vagabunden usw.

PLAZA Tägl. 5 u. 8¼ Sonnt. 2, 5 u. 8¼ Alex. 8066
INTERNAT. VARIETÉ

Sommer-Garten-Theater Berliner Prater
N 58, Kast.-Allee 7-9. Tel. Hb. 2246
Gastspiel Gustel Beer, Gretel Lillen
Heute Premiere
Die lustige Witwe
Operette von Franz Lehár
Dazu der große Varietéteil.
Anfang Konzert 4.30. Burleske u. Varieté 6 Uhr. Operette 8.30.
Jeden Donnerstag großer Volkstag.
Jed. Mittw. Kinderfest u. Verlosung

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12 310
8 U. Ende gegen 11
Die Fledermaus
Musik v. Joh. Strauß
Regie: Max Reinhardt.
Musik. Einrichtung E. W. Korngold.
Ausstattg. L. Kainer

Die Komödie
J 1 Bismck. 2414/7516
8¼, Ende geg. 10¼ U.
Letzte 2 Aufführungen
Reporter
3 Akte v. Ben Hecht und Mac Arthur
Regie: Heinz Hilpert.
Donnerstag, 1. Aug. Zum 1. Male:
Freudiges Ereignis
Lustspiel von Floyd Dell u. Th. Mitchell

Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 132.
Auf der Gartenbühne Täglich 5.30 Uhr
9 große Varieténummern und Gräfin Mariza.
im Innentheater Täglich 8.15 Uhr:
„OLAF"
Tragödie eines Sportlers

Winter Garten
8 Uhr • Zentr. 2819 • Conchas erlebt
Wunderknabe Conche und weitere Varieté-Neuheiten

Volksbühne Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Berlin, wie es weint u. lacht

Barnowsky-Bühnen Komödienhaus
Norden 6304
Täglich 8¼ Uhr
Hochzeitsreise

Theat. d. Westens
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag 4 u. 8¼
Franz Lehars Welterfolg!
Friederike
Ilse Muth
Willy Thunis
Telephon Steinplatz 0931 u. 5121

Metropol-Th.
Tägl. 8¼ Uhr
Sonntags 4 u. 8¼
Blaubart
Operette von Offenbach
Kammersänger Walter Kirchhoff

Reichshallen-Theater
Nur noch bis 31. Juli:
Dresdner Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr
Billettbestellg. Zentr. 11263
Donnerstag, 1. August: Wiederauftreten der Stettiner Sänger
Dönhoff-Brettl (Saal und Garten)
Varieté : Tanz : Adolf-Becker-Orchester.

Lustspielhaus
Täglich 8¼ Uhr
Du wirst mich heiraten!
Rundfunkhörer halbe Preise.

Planetarium am Zoo
Fernspr. Joachimsthaler Straße B. 3 Barbarossa 5578.
16½ Uhr Sternbilder des Sommers
8½ Uhr Der Glutball der Sonne
20½ U. Von Pol zu Pol am Sternenhimmel
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Theat. am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Bis 31. Juli
Tägl. 8 Uhr
Gastspiel der 9 Original Leipziger Fritz-Weber-Sänger mit ihrem für Berlin völlig neuen Programm

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem !! billig !!

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 30. Juli
nachmittags 3½ Uhr

VAUEN
Gesundheitspfeife Dr. Perl
Schont Herz und Lunge
Unbedenkl. Rauchen! Ärztlich empfohlen!

Bau- u. Geldschrankschlosser
Dienstag, den 30. Juli 1929, vormittags pünktlich 10 Uhr,
Streikversammlung d. Bau- u. Geldschrankschlosser, Sophiensäle, Sophienstr. 17-18
Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Wahl einer Streikleitung. 3. Verschiedenes. Zutritt haben nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften.
Die Ortsverwaltung

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Buchbinderei-Arbeiterin
Hedwig Schlieckmann
wohnhaft Blücherstr. 23, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kreuzkirchhof Mariendorf, Eisenacher Straße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme zu Ehren unseres verstorbenen Vaters, Großvaters und Schwiegervaters
Wilhelm Thiel
sprechen wir hier unseren tiefempfundenen Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurück: Kinderarzt Dr. L. Mendelsohn

Am 27. Juli 1929 verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser innigstgeliebter Sohn
Kurt Lehmann
im Alter von 20 Jahren. Um stilles Beileid bitten die tiefbetrübten Eltern und Angehörigen
Alex Lehmann als Vater
Wanda Lehmann als Mutter.
Berlin-Lichtenberg, Samariterstraße 30.
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 31. Juli, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Zimmerers
Emil Müller
sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Ida Müller und Kinder.

Mein Kapitän-Kautabak
schmeckt mir doch am besten!